

Waldemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . KZ 18.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 93.—
ganzjährig . . . 192.—

Abbestellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Postleitzahl 57544.
Interate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

2. Jahrgang.

Dienstag, 28. November 1922.

Nr. 279.

Ein Bankfrach.

In Bankkreisen der Republik und nicht minder in jenen der Aktionäre und Einleger hat in den letzten Tagen ein Bankfrach große Bestürzung hervorgerufen. Aber der Fall ist darüber hinaus von wirtschaftlicher und politischer Bedeutung, denn er macht eine Ueberprüfung der Tätigkeit der Banken, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelte und die nachgerade zu einer öffentlichen Gefahr geworden ist, ebenso notwendig, wie die Aenderung der Stellung der Staatsgewalt zu den Banken und ihrem Treiben, die bisher eine solche der unbegrenzten und unverantwortlichen Duldung war.

Die Geschichte der verfrachten Bank — es ist die Moravsko-slezka Banka in Brünn — die ein Panama der tschechischen Bourgeoisie bedeutet, lieft sich wie ein spannender Kriminalroman und erinnert an die dunklen Zeiten der ärgsten Gründungs-schwindsels. Die bis zur Stunde errechneten Verluste der Bank betragen über 100 Millionen tschechische Kronen, aber sie sind gewiß noch größer. Sie wurde im Jahre 1910 mit einem Gründungskapital von 40 Millionen ins Leben gerufen und besaß 24 Zweigstellen in Mähren und Schlesien, meist in tschechischen Minderheitsstädten, wo sie aus allen Schichten der tschechischen Bevölkerung, von den vermögenden bis zu den kleinen Sparern, ihre Einleger sammelte. Die Ursache ihres Krachs liegt in der grenzenlos leichtfertigen und verbrecherisch gewissenlosen und unfähigen Führung ihrer Geschäfte nicht nur durch die Zentralleitung, sondern auch durch die Leitung ihrer Zweigstellen, von denen eine ganze Anzahl Verluste von vielen Hunderttausenden, ja sogar von mehreren Millionen aufweisen. Die Art der Führung der Geschäfte in diesem Bankunternehmen wird am besten durch ein tschechischbürgerliches Blatt charakterisiert, welches schreibt: „In der Moravsko-slezka Banka gab es auch nicht einen Strategen, nicht einen General, nicht einmal einen Offizier: die Beamten der Bank bestanden durchwegs aus schlechten Soldaten.“ Aber die Qualität dieser „schlechten Soldaten“ wäre nicht ausreichend gekennzeichnet, wollte man sie nur im Sinne der Unerfahrenheit und Unfähigkeit auslegen. Es geht dabei um ärgeres. Die Bank beteiligte sich an einer großen Zahl von Industrieunternehmen. Man könnte die Art dieser Beteiligung als tölpelhaft bezeichnen, wenn nicht so sichtbar wäre, daß es sich um betrügerische Manipulationen einzelner Funktionäre handelt. Bei der Glasfabrik in Gana erlitt die Bank infolge habgieriger und leichtfertiger Spekulationen allein einen Verlust von 15 Millionen. Die bei Znaim gelegene Mühle in Schallersdorf erhielt von der Bank einen Kredit von 12 Millionen, obwohl der ganze Wert der Mühle kaum den zehnten Teil dieses Betrages umfaßt. Schon im Vorjahre wies die Moravsko-slezka Banka einen Abgang von fünf Millionen in der Gedarung auf, aber die Bankleitung wußte dies dadurch zu vertuschen, daß sie die Bilanz fälschte und sogar einen Gewinn von vier Millionen vortäuschte, vor allem zu dem Zwecke, um die in die vielen Hunderttausende gehenden Lantien an die Verwaltungsratsmitglieder zur Auszahlung bringen zu können. Auch Bilanzen einzelner, der Bank gehörenden Industrieunternehmen wurden gefälscht, um Reingewinne vorzutäuschen. Die Bank gewährte noch einer Reihe anderer Firmen aus unerklärlichen, oder nur zu erklärlichen Gründen, Millionenkredite, die bei dem Stand und der Zahlungsfähigkeit dieser Firmen direkt in den Brunnen geworfen wurden. Die Bankleitung gründete Filiale um Filiale, Fabriken, Hotelgesellschaften, Kohlen-gesellschaften und Exportunternehmen, doch alle wurden in der gleichen überhasteten Weise geführt. Ungeheure Verluste erlitt die Bank durch Börsenspekulationen, an denen sich übrigens mit dem Kapital der Bank nicht nur die Direktoren und Prokuristen, sondern auch die Verwaltungs- und Aufsichtsräte beteiligten. Der finanzielle Stand der Moravsko-slezka Banka war der Leitung und dem Verwaltungsrate nicht unbekannt; zwei der Verwaltungs-

Rußland und die Meerengenfrage.

Lausanne, 27. November. Ratorowski überreichte dem Präsidenten der Konferenz folgende Note:

In seiner Note vom 14. November an die russische Regierung hat der französische Ministerpräsident namens der einladenden Mächte Rußland und seinen Verbündeten, der Ukraine und Georgien, das Recht zuerkannt, an der Debatte und an der Lösung der Meerengenfrage teilzunehmen, sowie das Recht, ihre Auffassung über alle verwandten Probleme zu äußern. Der Verlauf der Konferenzarbeiten, die geplanten territorialen Abmachungen in Thrazien und die Veränderungen der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, die daraus im Gebiete der Meerengen des Schwarz- und des Ägäischen Meeres entstehen würden, müssen jedoch einen fühlbaren Einfluß auf das Regime der Meerengen ausüben. Diese Frage, sowie auch alle Fragen, die zur Ausrichtung eines dauerhaften Friedens im Nahen Oriente und zur Festigung der türkischen Unabhängigkeit und Souveränität — die wesentlichen Vorbedingungen des Friedens — beitragen können, stehen in unmittelbarem Zusammenhange mit den wirtschaftlichen und politischen Lebensinteressen Rußlands und seiner Verbündeten. Es kann insofern nur eine befriedigende Lösung dieser Fragen geben, wenn Rußland und seinen Verbündeten gestattet wird, ihre Meinung nicht nur über diese und jene Fragen zu äußern, sondern auch wirksam an allen Debatten, Arbeiten und Entscheidungen der Konferenz teilzunehmen. Eine Entscheidung über die Lage im Nahen Oriente, die ohne Berücksichtigung der begründeten Interessen, die Rußland dort hat, getroffen würde, wird von vornherein dazu verurteilt sein, ein toter Buchstabe zu sein. Uebrigens beweist die Auffassung, die das Regierungsoberhaupt einer der einladenden Mächte zugunsten der Teilnahme Rußlands an allen Konferenzarbeiten äußerte, daß der russische Standpunkt nicht nur gerecht und richtig ist, sondern auch den Arbeiten der Konferenz selbst entspricht. Nur wenn man diesen Grundsat als Grundlage für die Arbeiten der Konferenz annimmt, wird man tatsächlich zur Aufriehung eines stabilen Friedens und einer größeren Gerechtigkeit in den

Beziehungen unter den Nationen gelangen. Entsprechend dem Wunsche, der bei der Eröffnung der Konferenz geäußert wurde und welchen der Vertreter der Vereinigten Staaten in seiner letzten Erklärung bekräftigte, fordert die russische Abordnung, die bereits in ihrer gegenwärtigen Zusammenfassung bevollmächtigt ist, alle Fragen der Tagesordnung auf der Lausanner Konferenz zu erörtern und jeden Vertrag, jedes Abkommen und jeden Akt, der sich aus ihren Arbeiten ergeben könnte, zu unterzeichnen, daher nachdrücklich ihre sofortige Zulassung zu den Arbeiten der Konferenz auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit allen anderen Großmächten.

Rußisch-Türkisches Zusammengehen bei der Orientkonferenz.

Paris, 27. November. (Sabas.) „Petit Parisien“ erfährt aus Lausanne, die Moskauer Delegation und jene von Angora hätten sich dahin geeinigt, die Forderung zu stellen, daß Rußland zu allen Konferenzsitzungen zugelassen werde. Die Türken und die Russen werden gemeinsam bestrebt sein, eine allgemeine und endgültige Lösung aller Probleme durchzuführen, welche die indirekte, jedoch offizielle Anerkennung der Sowjetregierung zur Folge haben könnten. Ismet Pascha werde die Forderung stellen, daß die Sowjetdelegation unter dem gleichen Titel wie die übrigen Teilnehmer der Konferenz alle diplomatischen Vereinbarungen, welche in Lausanne zustande kämen, unterfertigen könne.

Das Petroleum und der Orientkrieg.

London, 27. November. (Sabas.) „Daily Telegraph“ meldet, es seien Maßnahmen bezüglich einer gemeinsamen Beteiligung der Vereinigten Staaten, Englands und Frankreichs bei der Petroleumförderung im Rössuler Distrikte getroffen worden.

Das Innsbruder halentkrenzlerische Attentat.

Die Attentäter auf den Genossen Dr. Gruener verhaftet: Mitglieder des Bundes „Oberland“ und Halentkrenzler.

Wien, 27. November. (Eigenbericht.) Die Attentäter auf den Genossen Dr. Gruener wurden heute verhaftet. Es sind fünf Personen, der Kaufmann Ernst Broccobiel, der Hochschüler Ernst Mayer, der Magazinsausführer Hermann Dobl, der Schmiedegehilfe Richard Jend: (sämtliche aus Innsbruck). Dem fünften ist man auf der Spur. Er dürfte in den nächsten Stunden verhaftet werden. Die ersten drei sind Mitglieder des Bundes „Oberland“, die beiden letzten sind Nationalsozialisten. Es ist der Polizei noch

nicht gelungen, festzustellen, ob die Attentäter den Anschlag mit dem Bund „Oberland“ und mit den Nationalsozialisten oder auf eigene Faust verübt haben. Wahrscheinlich ist die Vermutung, daß im Bunde „Oberland“ und bei den Nationalsozialisten sich eine selbständige Terrorgruppe gebildet hat, die dann das Attentat verübte. Genosse Gruener, der Mitglied des Bundesrates ist, ist heute in Wien in der Sitzung der Bundesratssitzung anwesend. Seine Schikaste ist geschwächt.

Die Frage der jährlichen Regierungsbildung.

Kommunistische Quertreibereien.

Berlin, 27. November. (Eigenbericht.) Sonntag und Sonntag tags in Dresden der Parteitag der sächsischen Kommunisten. Es wurde beschlossen, die Erfüllung der zehn kommunistischen Forderungen zur Bedingung des Eintritts in die Landesregierung zu machen. Ein Teil dieser Forderungen wurde von unseren Genossen bereits angenommen, die Forderung, daß alle Gesetze, die Fragen des Proletariats betref-

fen, dem Betriebsratelngtek vorgelegt werden, ist unerfüllbar und überflüssig, da unsere Genossen solche Gesetzesvorlagen immer mit den Gewerkschaften, deren Organe die Betriebsräte sind, beraten haben. Das Festhalten der Kommunisten an dieser gegen die Verfassung verstößenden Forderung hat nur den Zweck, eine gemeinsame Regierung unmöglich zu machen.

ratmitglieder, der tschechische Nationaldemokrat Havlik, Oberdirektor der Mährischen Hypothekbank, und Dr. Fiso, ein Brünnener Advokat, wußten ihre hunderttausende Kronen betragenden Einlagen durch Besehen rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Auch die Zentraldirektoren retteten sich vor der Sinnflut des Bankkrachs, indem sie durch Spekulationen auf eigene Faust mit Glas aus der Bank gehörenden Glasfabrik in Gana ihr Schäschen ins Trockene brachten. Trotzdem die Bankleitung also sich bewußt war, daß der Bankrott herannahte, wurden durch ihre Agenten noch vor wenigen Wochen die Aktionäre und Ein-

leger haranguiert, entweder Aktien zu erwerben oder neue Gelder in die Bank einzulegen. Dieser erste große Bankfrach in der Republik, der blicktgleich erhellte, was faul und morsch ist im Staate Dänemark, hat natürlich die anderen Bankinstitute, die um den Ruf des Bankwesens fürchten, auf die Beine gebracht. Den tschechischen Kapitalisten ist es auch gelungen, die Regierung mobil zu machen, und so wurde der Mährischen Hypothekbank die Sanierung der verfrachten Moravsko-slezka Banka übertragen, die wenigstens insoweit durchgeführt werden soll, daß die Einleger keinen größeren Schaden erleiden sollen.

Auch soll verhütet werden, daß andere Unternehmungen durch den Bankrott der Bank mit ins Verderben gerissen werden. Die Staatsanwaltschaft hat eine Strafanzeige eingeleitet — erstaunlicherweise gegen „unbekannte Täter“. Aber mit der Erueierung und Bestrafung der Schuldigen, wie auch mit der Sanierung der Schwindelbank können die notwendigen Maßnahmen zur Verhütung ähnlicher Skandale nicht als erschöpft angesehen werden. Bei der Rolle, welche die Banken im Wirtschaftsleben spielen, ist es gar nicht abzusehen, welche Katastrophen für Handel und Industrie der Zusammenbruch weiterer Banken zur Folge haben müßte. Selbst wenn man den Bankrott der Moravsko-slezka Banka einzig und allein auf das Konto der leichtfertigen und sträflichen Manipulationen der Bankleitung buchen wollte — wo liegt die Gewähr, daß es in anderen Banken nicht ähnlich zugeht.

Was aber an dem Brünnener Bankfrach individuell erscheint, ist im Grunde genommen eine Gesamterscheinung, die auf die ungelunde, volkswirtschaftlich schädliche Entwicklung des Bankwesens zurückzuführen ist. Ein Vergleich der Geschäfte, des Wirkungskreises und des Gebarens der Banken in der Zeit vor dem Kriege mit der Art ihrer Tätigkeit während des Krieges und insbesondere seit dem Umsturz, macht das Uebel und die Gefahren klar. Schon der Umstand, daß die Banken seit dem Kriege wie Pilze nach einem warmen Regen aus der Erde schossen, mußte jedem die Ueberzeugung aufdrängen, daß sich hier etwas Ungefundes entwicke, das in absehbarer Zeit zu einer Katastrophe führen müsse. Der Konkurrenzkampf der Banken und ihrer Konkurrenz wurde immer heftiger und um sich zu behaupten und für die Aktionäre lockende Gewinne zu erzielen, griffen die Banken zu Geschäften, die vordem, als sie noch auf Sauberkeit hielten, von ihrem Wirkungskreise ausgeschlossen waren. Ihrer ursprünglichen Bestimmung, Vermittler zwischen den Geldbesthern und den Kreditwerbem zu sein, sind die Banken längst untreu geworden. Raffäerige Geld- und Gewinnjucht hat sie zu Herden der Spekulation und Durchführern von Transaktionen gemacht, die oft nicht mehr zweideutiger Natur sind. Jede der Banken ist, verlockt durch die hohen Kettenhändlergewinne der Kriege- und Nachkriegszeit, selber zur Besitzerin einer Reihe von Industrieunternehmen und sonstiger Geschäfte geworden, und sie treiben nicht nur mit deren Erzeugnissen, sondern auch mit ihren Aktien an der Börse die bedenklichsten und der Wirtschaft des Staates schädlichsten Spekulationen.

Keine der Regierungen hat bisher an die Tätigkeit der Banken, so unheilvoll sie auch war, zu rühren und sie einer Ueberprüfung zu unterziehen gewagt. Das liegt an der ungeheuer gestiegenen Geldmacht der Banken, die an Einfluß ein Staat im Staate geworden sind, aber auch daran, daß in ihren Verwaltungsräten Minister, Abgeordnete und hohe Staatsfunktionäre sitzen. Die durch den Umsturz angeblüh bewirkte Erlösung des tschechischen Volkes hat sich vorläufig auf die nationalen Parteigewaltigen, gewisse Politiker, Minister und hohe Staatsbeamte beschränkt, für welche die reichen Geldsummen, die ihnen für ihre Tätigkeit als Verwaltungsräte in den Banken und Aktiengesellschaften zufließen, alsferdinas eine „Erlösung“ bedeuten.

Der Krach der Moravsko-slezka Banka macht eine Reform des Gesetzes über die Banken zur unerlässlichen Pflicht, soll nicht Staat und Volk in den Abgrund einer Katastrophe stürzen. Aber es muß endlich einmal auch die Frage der Vereinbarkeit des Mandates eines Abgeordneten und Ministers, sowie des Amtes der Staatsbeamten mit der Stelle eines Verwaltungsrates oder einer sonstigen Funktion bei Banken aufgerollt werden, da sonst eine wirksame Kontrolle der Bankunternehmen durch den Staat unmöglich erscheint. Das letzte und oberste Ziel muß naturgemäß die Sozialisierung der Banken sein. Ehe dies geschehen kann, müssen sie unter die Kontrolle des Staates gestellt werden, um wenigstens ihre schädlichsten Auswüchse zu beseitigen.

Balkanminister auf Reisen.

Die Rückkehr der Türken nach Europa hat die Balkanpolitiker in Bewegung gebracht. Schon der Sieg Kemal Paschas, der mit Hilfe des großen Balkanpotenziers Frankreich errungen wurde und zur Rückgabe Esthrazien führte, hat in den Balkanstaaten großes Interesse gemacht und der Appetit, den die kemalistischen Nationalisten, die sich in nichts von den Nationalisten anderer Völker unterscheiden, entwickeln, ist nicht zur Beruhigung dieser Nervosität geeignet. Man kennt sich gegenseitig zu gut am Balkan, um nicht zu wissen, daß der türkische Wiedereroberungsdrang an der Maritimalie nicht Halt machen wird, und die Schlüsse, welche aus dem jüngsten Verlaufe der Angoraregierung gezogen werden können, rechtfertigen jedwede Besorgnis. Obwar Kemal Pascha nach dem Sturze Lloyd Georges nicht mehr unbedingt auf Frankreichs Unterstützung rechnen kann, scheint er dennoch weniger als jemals geneigt, sich von der Entente distanzieren zu lassen und kann seinen bisher erhobenen Forderungen neues europäisches Gebiet betreffende Ansprüche angliedern. Aber auch die auf Esthrazien beschränkte Europäerpolitik verspricht ein unangenehmer Nachbar für die Balkanstaaten zu werden, denn abgesehen von den zweifellos vorhandenen Expansionsneigungen wird sie auch eine lebhafte Konkurrenz unter der geschickten muslimanischen Bevölkerung bis hinauf an die Save- und Drinagrenze auslösen, von der in erster Linie Westthrazien ergriffen werden dürfte. Im Gefühle dieser Schwächen, sucht daher die Regierung von Athen heute schon Verbündete, die ihr zur Erhaltung ihres aus dem Balkankrieg resultierenden Gebietswachstums helfen sollen. Bescheidenerweise bildet Belgrad das Ziel der ersten Auslandreise, die der Außenminister der neuen griechischen Regierung unternimmt. Herr Politis hat sich dort um die Aufnahme Griechenlands in die Kleine Entente bemüht, bei Herrn Pasić jedoch nicht volle Gegenliebe gefunden, obwar der Plan, die Kleine Entente zu erweitern, nicht neu ist. Das Griechenland, das in einen aussichtslosen Krieg verwickelt und von dem in Paris mächtigsten Konstantin beherrscht war, war kein begehrteter Bundesgenosse, das geschlagene Griechenland hat an Bundeswert nicht gewonnen. Um diese Mängel wett zu machen, hat Herr Politis in Belgrad weitgehende Zugeständnisse bezüglich des Hafens von Saloniki angefragt, der mit den zugehörigen Eisenbahnverbindungen schon lange einen jugoslawischen und speziell serbischen Wunsch bildet. Heute, wo der Imperialismus der Faschistenregierung in Italien die Meereszugänge Jugoslawiens in der Adria wieder bedroht, gewinnt Saloniki für das Königreich der S. P. S. erhöhte Bedeutung; zudem würde die Verlegung des Hauptausganges zum Weltverkehr nach dem Südosten des Reiches den Serben die angestrebte Hegemonie im Staate sichern, die ohne wirtschaftliches Übergewicht gegenüber den Kroaten und Slowenen schwer zu erlangen ist. Wenn also der griechische Pasić das Geschäft mit Politis dennoch nicht abgeschlossen hat, so erwartet er von der Zukunft mehr als gegenwärtig herauszuschlagen gewesen wäre, vor allem aber will er abwarten, was Bulgarien zu bieten hat und was dessen ebenfalls auf Reisen befindlicher Ministerpräsident Stamboliski bringen wird.

Herr Stamboliski hat seine Schritte zunächst nach Bukarest gelenkt, um Rumänien zur Unterstützung der bulgarischen Forderungen für einen Ausgang in das Aegäische Meer und für eine auf der Ostfriedensstimmung in Lausanne zu verlangende Autonomie Westthrazien zu gewinnen. Westthrazien, der Westanteil Bulgariens aus dem Balkankriege, ging im Weltkrieg an Griechenland verloren, und da jetzt die Griechen an der Reihe sind, Gebietsabtretungen zu machen,

Heute Arbeitsaufnahme im nordwestböhmisches Kohlenrevier.

Teplih, 27. November. (Eigenbericht.) Freitag, den 24. und Samstag, den 25. November, wurde den ganzen Tag im Ministerium für öffentliche Arbeiten über den neuen Lohnvertrag verhandelt und dieser am Samstag spät abends von den Bergarbeitervertretern mit dem Vorbehalt abgeschlossen, daß die am 26. November in Turnaia stattfindende Betriebsräteobmannerkonferenz das Uebereinkommen genehmigt. Die am 26. November in Turnaia stattfindende Betriebsräteobmannerkonferenz, auf der 117 Schächte vertreten

waren, hat nach den Referenzen der Abgeordneten Pohl und Dragl fast ohne Debatte bei namentlicher Abstimmung einstimmig das Uebereinkommen angenommen und beschlossen. Dienstag, den 28., die Arbeit einheitlich wieder aufnehmen. Das Lohnübereinkommen beinhaltet gegenüber dem ursprünglichen Diktat der Unternehmer und gegenüber dem provisorischen Entwurf vom 26. Oktober wesentliche Vorteile in materieller und grundsätzlicher Beziehung.

denkt Bulgarien in freundschaftlicher Weise ihren den Verlust Westthrazien an die Türkei durch den Verlust Westthrazien in Form einer Autonomie des Landes zu erleichtern. Man hat dabei in Sofia aber auch den Hintergedanken, den türkischen Expansionsgelüsten über die Mariza hinaus einen Riegel vorzuschieben und sich selber die Möglichkeiten für eine spätere Rückgewinnung dieses Gebietes offen zu halten. Der Preis, den Herr Stamboliski den Rumänen bietet, besteht in einem vorteilhaftesten Transitabkommen und dem ungestörten Besitze der Dobrußda, wo gegen die Wandbewegung seitens Bulgariens „draconische Maßregeln“ in Aussicht gestellt werden, wenn...

Herr Stamboliski hat in Bukarest eine ebenso unverbündlich freundliche Aufnahme gefunden, wie sein griechischer Kollege in Belgrad und es ist anzunehmen, daß sein Besuch der jugoslawischen Hauptstadt, der die zweite Etappe seiner Reise bildet, nicht weniger gern gesehen wird als die Aufwartung der Konkurrenz. Auch Herr Pasić kann Stamboliski wünschenswerte Zusicherungen machen und es dürfte in Belgrad nicht unwillkommen sein, wenn die bulgarischen Aspirationen von Mazedonien zunächst nach Thrazien abgelenkt werden. Als dritter Balkanminister geht nach dem Besuche Politis und Stamboliskis der jugoslawische Außenminister Nindis auf Reisen, um sich in Temeswar mit seinem Kollegen aus dem Lande des königlichen Schwiegerpapas zu treffen. Nach Temeswar wird außer Nindis und dem rumänischen Ministerpräsidenten vielleicht auch Politis und nach ihm Stamboliski kommen. Wie die Fahrten der Balkanminister und die Beweggründe hiesu beweisen, erachtet sich keiner der Balkanstaaten „territorial saturiert“, bestehen die Rivalität zwischen ihnen und ihre imperialistischen Gelüste ebenso ungeschmälert wie bei den Großmächten. Wie immer auch die Lösung der Fragen des nahen Ostens in Lausanne ausfallen mag, zu Friedenstellend für alle Teile wird sie nicht sein. Nach wie vor droht die Gefahr kriegerischer Verwicklungen, in welche dank der ausgedehnten Bündnispolitik des Herrn Dr. Venekah auch die Tschechoslowakei hereingezogen werden kann, obwohl sie am Balkan gar keine politischen und nur wirtschaftliche Interessen sekundärer Art zu vertreten hat.

Inland.

Aus dem Parlament. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet — wie wir bereits gestern gemeldet haben — heute Dienstag um zehn Uhr vormittags statt. — Weiter tritt um vier Uhr nachmittags der verfassungsmäßig rechtliche Ausschuss des Senates zusammen. Mittwoch, den 29. November, findet um vier Uhr nachmittags eine Plenarsitzung des Senates statt. Nach der Plenarsitzung tagt der Kulturausschuss. Um drei Uhr nach-

mittags findet eine Konferenz der Präsidents und der Klubmänner des Senates statt. — Wie das „Ceste Slovo“ meldet, hat der Abgeordnete Slavicek dem Koalitionsausschuss einen Antrag auf Bewilligung von 15 Millionen Kronen für die Ernährung und Bekleidung der Kinder arbeitsloser Eltern unterbreitet. Am Dienstag wird dieser Antrag im Namen der Koalition dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden, daß ihn in das Budget der Ministeriums für soziale Fürsorge und Volksernährung einreihen wird.

Ausschluß der Abgeordneten Landa-Sitich aus der nationalsozialistischen Partei? Wie sich die „Lidove Noviny“ aus Prag melden lassen, wird die bekannte Affäre der Abg. Landa-Sitich in der tschechisch-sozialistischen Partei mit ihrem Ausschluß aus der Partei enden. Es habe sich gezeigt, daß auch die Mitglieder der Partei, welche sonst dem Schlagwort von der Einheitsfront zugänglich sind, das Vorgehen der Abg. Landa-Sitich und ihren merkwürdigen Widerstand gegen den Befehl der Partei verurteilen. Am Montag besaßte sich mit der Affäre der Vollzugsausschuss der tschechisch-sozialistischen und es sei wahrscheinlich, daß die Abg. Landa-Sitich völlig vereinsamt bleiben werde. — Die Gerüchte von der Ausschließung der genannten Abgeordneten waren bereits in der Vorwoche im Umlauf und auch das „Pravo Lidu“ hat prophezeit, daß die Krise in der tschechisch-sozialistischen Partei auf diese Weise gelöst werden würde. Es scheint auch in der Führung der Partei diese Absicht zu bestehen, doch fürchten die um K. L. S. A., der Ausschluß der Abg. Landa-Sitich könnte das Signal zum Zerfall der Partei sein.

Die tschechischen Faschisten haben zwei Broschüren herausgegeben, die dem „Ceste Slovo“ in die Hände gefallen sind. Auf dem Titelblatt der Broschüren befindet sich ein gezogenes Schwert und ein großes R. Obwar die Broschüren anonym sind, erkennt man doch, daß sie aus der Druckerei der „Rarodni Listy“ stammen. In den Broschüren wird zunächst betont, daß „die slawischen Staaten durch Militärkonventionen in ein großes wehrfähiges Ganzes verwandelt werden“ müssen. Weiter wird betont, daß „wir uns weder durch Humanität mit Argumenten des Rechtes, noch durch die wankende Freundschaft des Auslandes sondern durch unsere wachsende wirtschaftliche Macht und hauptsächlich durch wehrhafte Tapferkeit erhalten werden.“ Ferner kann man in den Broschüren lesen, daß „bei uns die Schlagworte der schlecht ausgelegten Humanität und fremde, die Massen mitreißende Schlagworte von der wirtschaftlichen Befreiung der arbeitenden Bevölkerung aus den Fesseln des Kapitalismus herrschen, die den einzigen Zweck haben, in unsere nationalen Reihen Verwirrung zu tragen, unsere nationale Produktion zu unterbinden und unseren Aufstieg zu unterbrechen.“

Man sieht also deutlich, wer hinter dieser Phrasologie steckt. In der zweiten Broschüre steht, daß die tschechischen Faschisten gegen jedes „journalistische Raubrittertum“ kämpfen werden, „sei es nun gegen unsere Nation gerichtet oder gegen die Anhänger der nationalen Bewegung.“ Man kann sich vorstellen, was die Journalistik von den Faschisten zu erwarten hätte. Das Nachwort wendet sich dann der „sozialen Seite“ zu und sagt, daß die Anhänger der nationalen Bewegung jeder Diffamierung wehren würden, „welcher Partei auch immer, die mit sozialen Reformen haustieren geht.“ Die Faschisten würden sich im Gegenteil um den ungestörten Gang des Handels, der Industrie und des Gewerbes kümmern.

Kramat bekennet sich zum Faschismus. Herr Dr. Kramat lassen die Vorbeeren, nicht so sehr die Mussolinis, wie die seines engsten Parteifreundes Dr. Rasin nicht schlafen. Hat sich dieser als waderer Fürsprecher des Faschismus in einer seiner letzten Reden erwiesen, mußte Dr. Kramat es ihm sofort gleichtun. In Ungarisch-Drabitsch ist es gewesen. Herr Dr. Kramat war in ungehörter Erregung. Die tschechischen sozialistischen Parteien hatten ihm nämlich so übel netzgepielt, daß er aus dem Redoutenlokal in die „Mestanska Beseda“ flüchtete, wo sich zunächst sein Grimm gegen den Sozialismus auslebte. Und dann sprach er über den Faschismus in folgender Form:

Die Herren fürchten den Faschismus? Ich für meine Person fürchte ihn nicht, solange alle Schichten des Volkes für die Einheit der Nation arbeiten. Wenn wir dazu gelangen würden, daß wir neuerdings unser Vaterland von inneren Feinden befreien müßten, dann lägen die Sachen anders, dann würden sich die Leute sagen, daß wenn das Vaterland in Gefahr sei, auch Dinge erlaubt seien, die sonst nicht erlaubt wären. Unsere Arbeiterschaft ist größtenteils nationalen Gefühls. Wir wissen, daß, wenn es um unsere Zukunft, um die nationale Existenz handelt, die Nation immer den nationalen Stolz und Härte gefunden hat. Wer sich gegen uns und den nationalen Charakter stellt, muß damit rechnen, daß wir mit ihm wie mit einem Feinde des Staates rechnen.“

Wovon das nicht heldenhaft an? Herr Dr. Kramat kann zufrieden sein: er hat für den Faschismus eine kräftigere Lanze als Rasin gebrochen. Daß er ihn „nicht fürchtet“, glauben wir ihm vom Herzen, weil er ihn will. Er will faschistisch mit den Feinden des Staates abrechnen. Dr. Kramat ist gedächtnisschwach und unlogisch geworden — oder noch übermütiger, als er war. Hat er, der Desterreicherfeind, verfaßten, wie man mit ihm, dem feinerzeitigen „Staatseind“, umging? Es ist niedrieste Art von Bebe, zu welcher der einst „Große“ greift, wenn er das Volk zu „Dingen“ aufruft, die „sonst nicht erlaubt“ sind. Aber das Volk denkt zum Glück doch anders als seine gewissenlosen Rabaupolitiker.

Ueber die Krise in der slowakischen Volkspartei schreibt der „Cas“: „Der Kampf zwischen dem Abg. Brabec und der Führung erreicht ihren Höhepunkt im offenen Kampf um die Macht in der Partei. Abg. Brabec wurde in der Tschechoslowakei gewählt und als er gegen Hlinka auftrat, forderte ihn Abg. Ondrzo in seinem Namen und im Namen seiner Wählerschaft auf, das Mandat zurückzugeben. Abg. Brabec hat sich dem Mandates nicht begeben, sondern ist unter seine Wählerschaft gegangen. In Cperies sprach er auf einer Beratung der Vertrauensmänner der slowakischen Volkspartei. Nach seinem Reserat wurde ein Organisationsausschuss der christlich-sozialen Flügel der slowakischen Volkspartei gebildet. Zum Vorsitzenden dieser Partei

Arbeiterchaft und Heimatbildung.

Unter diesem Titel beschäftigt sich Herr Professor Lehmann im 1. Heft des 4. Jahrganges der Zeitschrift „Heimatbildung“ mit des Genossen Rüdli Bericht über die Katharinalerger „Volkshilfswache“ und mit meinen im „Sozialdemokrat“ erschienenen Aufsätzen über „Sudetendeutsches Heimatbüchlein“. Da jener Teil meines Aufsatzes, der sich mit meiner Kritik beschäftigt, im großen ganzen sachlich gehalten ist, macht er ebensolche Antwort, macht er grundsätzliche Auseinandersetzung über die Frage „Arbeiterchaft und Heimatbildung“ möglich. Sie kann mit dem heutigen Aufsatz nicht ein für alle Mal erfolgen. Er kann vielmehr, zumal ja Prof. Lehmann Ausweitung der Heimatbildnerarbeit nach der sozialen Seite hin ankündigt, nur ein Anfang sein. In dem Maße, als unser harter politischer und wirtschaftlicher Kampf — Kampf um die Möglichkeit für den deutschen Arbeiter, in seiner Heimat zu leben — dies zuläßt, werden wir uns vor allem dann mit diesen Fragen beschäftigen, wenn die von Herrn Prof. Lehmann gegebenen Versprechungen eingelöst werden.

Die ihm als die wesentlichsten erscheinenden meiner Entwendungen sah Prof. Lehmann in einer Reihe von Punkten zusammen, um dann Punkt für Punkt zu verweisen. Ich bin bereit, mich der Methode Lehmanns anzupassen, will es ihm jedoch vorher sagen, daß es sich nicht allein um Kritik der Heimatbildnerarbeit handelt, sondern darum, jenes Schrifttum, das uns als „sudetendeutsches“ angepriesen wird und die Bestätigung, die in ihm zum Ausdruck kommt, überhaupt darzustellen. Ich führe dies an, um — der Methode Lehmanns folgend —

das Diskussionsgebiet abzugrenzen. Und noch eins: Herr Lehmann möge unsere Kritik nicht werten als die der „Gebildeten üblichen Schläger“. Er möge sie betrachten als die Kritik deutscher sozialdemokratischer Arbeiter. Weder Rüdli noch ich gehören zu den „gebildeten Ständen“. Wir haben an Schulbildung nur, was die kapitalistische Heimat dem Arbeiterkinder zu geben für gut findet.

Diese Schulbildung schon war Klassenbildung. War es in dem Sinne, daß sie nur Bildung einer unterdrückten Klasse war. Bildung, die ihr von den herrschenden Klassen zugemessen und zum Zwecke der Erhaltung ihrer Klassenherrschaft zurückgemachte Bildung. Bildung, die nicht Parteifache wäre — Partei im Sinne der Klassen, — nicht Gruppen- oder Ständevertreterung — gibt es überhaupt nicht. Und darum irt Herr Prof. Lehmann auch, wenn er meint, „unsere (der Heimatbildner) Arbeit war unpolitisch. Der bürgerliche Volksbildner glaubt, unpolitische Arbeit zu leisten, wenn er nicht im Sinne einer bestimmten politischen Partei arbeitet. Aber sie ist politisch, sobald er — was ja für ihn meist selbstverständlich ist — auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung steht. Der bürgerliche Heimatbildner wird — auch wenn er parteipolitisch neutral ist — zu ganz anderen Forschungsergebnissen kommen, als der sozialistische. Es stimmt durchaus nicht, wenn Prof. Lehmann in seiner Kritik meiner Kritik behauptet:

Erstens: Heimatbildung ist keine Parteifache. Er selber gibt diesen Standpunkt preis, wenn er später die Möglichkeit sozial gestimmter Heimatbildung nicht ablehnt. Was ist denn Bildung? Doch nicht bloß eine Sammlung von Kenntnissen. Bildung ist, ökonomisch-geschichtlich gesehen — und so sehen wir Marxisten die Dinge bewußt, während die Bürgerlichen, wie gerade Lehmanns Aufsatz zeigt, zwar auch

von ihrem ökonomisch bedingten Klassenstandpunkte aus die Dinge betrachten, aber sehr oft sich dessen nicht bewußt sind und sich gegen diese Bewußtwerden strauen — Bildung ist Anpassung an eine Geschichtsaufgabe. Anpassung an die Geschichtsaufgabe der Klasse. Jede Klasse hatte und hat ihre bestimmte geschichtliche, gesellschaftsformende Aufgabe. Eine von Partei, Politik und Geschichtsauffassung entbundene Bildung gibt es somit nicht. Und darum ist auch die Heimatbildung und die auf ihr sich aufbauende Heimatbildung Parteifache, — je nach der Klassengehörigkeit des Heimatforschers und des Heimatbildners. Prof. Lehmann fordert uns ja geradezu auf, die Zusammenhänge der Stellungnahme zu Heimat und Sozialismus aufzudecken. Hier kann dies allerdings nur flüchtig geschehen. Praktische Heimatforschung und Heimatbildung nach historisch-materialistischer Methode werden — finden wir aufsehr zu politischer Tagesarbeit gezwungenen einmal die Zeit dazu — dies zeigen. Genosse Rüdli hat dies übrigens an einigen Dokumenten seines Heimatortes Loosch, die er in der „Freiheit“ veröffentlicht, und besprochen, recht anschaulich bewiesen. An jeder der Ortsgeschichten, die jetzt geschrieben werden, sieht sich das gleiche zeigen. Freilich, es gibt Heimatforscher, die bloß Dokumente sammeln und aneinander reihen, weil sie sie nicht zu verwenden wissen. Quellen zur Heimatforschung finden, das bedingt entweder, sie unbekannt oder doch ungewürdigt lassen, oder sie mit bürgerlichem oder sozialistischem Geist in den Gang der Weltgeschichte einbauen. Eine Verwertung von Heimatforschungsquellen, die unter anderen Gesetzen als denen der Klassenpsychologie erfolgen würde, ist seinem Geschichtsschreiber möglich. Der sozialistische Heimatforscher müßte heimatgeschichtliche Quellen aufführen zur Erforschung der Klassenkämpfe verschollener Jahrhunderte.

Daß Heimatbildung eine ebenso internationale wie nationale Angelegenheit ist, soll Herrn Prof. Lehmann nicht abgestritten werden. Gewiß können innerhalb eines jeden Volkes Heimatforscher und Heimatbildner tätig sein. Aber stets sind sie es entweder als Bürgerliche oder als Marxisten.

Zweitens: Die Heimatschule. Wir können ohne weiteres zustimmen, daß die Heimat zum Ausgangspunkte der Erziehung gemacht wird. Es wird aber darauf ankommen, was den Kindern von der Heimat gezeigt wird: Das Gastrecht oder das Kriegerdenkmal. Schon die Auslese jedes aus der Heimat geschöpften Lehrgutes ist ein Stück Anpassungsversuch aus klassengebundener Gesichtsperspektive.

Drittens: Die heimatische Volkserziehung. Von der Heimat, vom Erleben, statt von blutleeren Abstraktionen, sagt Herr Lehmann. Ja, auf seinem Erleben in der Heimat baut auch der Arbeiter seine Bildung auf. Oder hält Herr Lehmann die Arbeitsergebnisse des modernen Proletariates (die Ueberarbeit in der Heimat, die Krise in der Heimat, die Auswanderung aus der Heimat) für blutleere Abstraktionen? Es ist typisch bürgerlich, das passive Anschauen der Umwelt „Erlebnis“ zu nennen, das Schaffen selbst zu vergessen. Der moderne Sozialismus geht von der Kritik und Sinnbewertung der menschlichen Arbeit aus und hat damit die größte Massenbewegung aller Zeiten erweckt. Der Ausgang von der heimatischen Erlebniswelt ist also keineswegs die einzig denkbare Volkserziehung. Es ist nur der Gegensatz zur Schulbildung, die an die Welt als Heimat denkt.

Viertens: Heimatbildung ist keine Berengung. Lehmann läßt dies nur gelten für die „Heimalelei“. Heimatbildung aber sei deren Ergänzung. Sie öffne die Fenster nach allen Seiten, decke die Wege ins Weite auf. Viel-

wurde Dr. Alexander Duchon genannt. Es haben sich bereits 57 Organisationen gemeldet. In Gericke wird eine Zeitschrift herausgegeben. Der Abg. Brabec hat zum Kampf gegen die Führung eine Taktik gewählt, die mit Gaud (?) die Kommunisten in der gewesenen sozialdemokratischen Partei ausüben: Er verließ die Partei nicht, hielt sich an das ursprüngliche Programm

und bewies, daß die Führung vom Programm abgewichen ist. Sein Flügel ist also autonomistisch, aber nicht antisozialistisch. Sein Blatt, die „Stovna“ haben ein bedeutend höheres Niveau als der Preßburger „Stovna“, der im Verfall begriffen ist. Nicht einmal die Abgeordneten der Volkspartei außer Hlinka schreiben in den „Stovna“.

Der internationale Genossenschaftstag.

Eine mächtige Kundgebung für die Forderungen der Konsumenten.

Sonntag vormittag fand im großen Sazernaal in Prag der von Vertretern dreier Genossenschaftsverbände und zwar Verband der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften „Ustřední svaz československých družstev“ und „Sdružení spotřebních družstev R. C. S.“ besuchte internationale Genossenschaftstag statt, der sich zu einer großen Manifestation für das einheitliche Vorgehen aller Genossenschaften ohne Unterschied der Richtung und Nation gestaltete.

An der Tagung nahmen mehr als 2000 Delegierte teil, die 1012 genossenschaftlicher Organisationen mit einer Gesamtzahl von 1.120.000 Mitgliedern vertreten. Der Tagung wohnten unter anderem für den Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und den Klub der Abgeordneten Abg. Genosse Cermak und für die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes Abgeordneter Genosse Schäfer und Senator Genosse Peder bei. Ferner waren Vertreter der tschech. sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der tschech. sozialistischen Partei, der kommunistischen Partei und der tschech. Genossenschaftskommission anwesend. Auch die Ministerien für Soziale Fürsorge, für Volksernährung und für Handel hatten ihre Vertreter entsendet. Als Gäste nahmen ferner an der Tagung die Vertreter der Moskauer „Centrosjuz“ und der polnischen Konsumgenossenschaften teil.

Nach der Wahl des Präsidiums eröffneten die Vorsitzenden Genosse Lorenz in deutscher und Senator Krasel in tschechischer Sprache den Kongress. Zur Tagesordnung „Die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumgenossenschaften in tschechischen Staaten und ihre Forderungen“ sprach als erster Redner Direktor Lustig in tschechischer Sprache. Der Referent wies unter lebhaftem Beifall der Tagung die Ideologie Raskins, der einen Feldzug gegen die Genossenschaftsbewegung eröffnet hat zurück und befaßte sich mit den in der Resolution festgelegten Forderungen. Redner schloß: „Auf der Organisation des Verbrauches müssen wir die Organisation der Produktion aufbauen, damit wir zu einer neuen gerechten Wirtschaftsordnung gelangen.“

Sodann ergriß

Abg. Genosse Dietl

das Wort. Er sagte u. a.: Wir haben uns heute zahlreich versammelt, um vor der Öffentlichkeit zu dokumentieren, daß die Genossenschaftsbewegung auch in diesem Staate beachtet werden muß. Nach dem Umsturz hat man uns gesucht und dazu benützt,

um die Anarchie in der Lebensmittelverteilung zu beseitigen und preisregulierend zu wirken.

Aber je mehr wir uns von der Revolutionszeit entfernen, desto mehr müssen wir Klage führen. Wiederholt ist es vorgekommen, daß die Bezirkshauptmannschaften sich in un-

seren Geschäftsbetrieb einmengen, ja, daß sogar Gendarmen in unseren Verkaufsstellen Durchsuchungen veranstalten, um Erhebungen zu pflegen, ob wir unsere Statuten überschreiten. So wie man uns politisch behandelt, so behandelt man uns auch wirtschaftlich. Vor einer ganz kurzen Zeit ist einer Privatgesellschaft der Salzverschleiß für den tschechoslowakischen Staat übertragen worden. Wir haben versucht, durch die Einfuhr des Salzes preisregulierend zu wirken, doch hat man uns die Einfuhr verboten. Die Privatgesellschaft genießt ein Monopol. Die Folge hiervon ist die Salzvertuerung. Ist das die Preisabnacktion des Staates?

Die Krise, die wütet, hat ein Leichenfeld hinterlassen, wie es ärger nicht gedacht werden kann.

Wir hatten im Jahre 1913 in ganz Oesterreich-Ungarn 886 Insolvenzen, wir haben heute bis zum 31. Oktober nur für das Land Böhmen allein 917 Insolvenzen. Während aber auf der einen Seite die Insolvenzen nur so in der Luft schweben, haben unsere Aktiengesellschaften im letzten Vierteljahr ihr Aktienkapital um nicht weniger als 580 Millionen Kronen vermehrt. Wir sehen also bloß eine Verschiebung des Kapitals. Redner führt dann einige Beispiele aus der Staatswirtschaft an und sagt unter anderem: In der Tschechoslowakei befindet sich mehr als die Hälfte des Eisenbahnnetzes des alten Oesterreich-Ungarn. Im Jahre 1914 erreichte das Eisenbahnbudget eine Höhe von 625 Millionen für das ganze österreichisch-ungarische Gebiet, im Jahre 1923 sind 399,5 Millionen Kronen für das tschechoslowakische Eisenbahnnetz veranschlagt. Nach der Goldparität umgerechnet kosteten die Eisenbahnen das alte Oesterreich-Ungarn im Jahre 1914 312,5 Millionen Goldkronen, in der Tschechoslowakei im Jahre 1923 666,2 Millionen Goldkronen. Sie sehen also, wie die Tarif- und Frachtpolitik des Staates die Waren verteuern muß.

Redner beweist dann an Hand der Budgetziffern,

wie tiefmütterlich die Konsumgenossenschaften gegenüber den landwirtschaftlichen Gewerbe- genossenschaften usw. behandelt werden.

Während für die Konsumgenossenschaftlichen Zwecke im Budget des Ministeriums für soziale Fürsorge 2,5 Millionen ausgeworfen sind, erhalten die Gewerbe- genossenschaften 9.205.899 Kronen und die landwirtschaftl. Genossenschaften 43.530.753 K. Da kommen noch von allen Seiten unsere Feinde und sagen, daß die Konsumvereine zu viel gefördert werden. Das Gegenteil hiervon ist der Fall.

Redner schließt: Wir legen Ihnen unsere Resolution vor, in der unsere Forderungen, die ein Minimum darstellen, genau präzisiert sind. Wir haben uns als Genossenschaftler zusammengeschlossen und die nationale Scheide-

leicht wird es einmal eine solche Heimatbildung geben. Was heute davon sichtbar und fühlbar ist, ist doch zumeist das Gegenteil. Die meisten der Heimatwidner bleiben in der Heimat steden, sehen nur die Heimat. Und sehen, so deutsch-national die meisten sind, kaum über die Grenze nach Deutschland. Das hindert natürlich nicht Kotieren mit Freudentismus, aber es hemmt den Weg zur deutschen Gesamtkultur. Noch mehr den Weg in die Welt. Die Frage ist gar nicht so sehr, ob Heimatbildung keine Verengung, sondern ob sie eine Erweiterung ist. Heimatbildung und Weltwirtschaft — das hängt nicht gut zusammen! Wieviel Arbeitsprodukte der Gegenwart findet man noch auf heimatischem Boden, die in der Heimat selbst entstanden sind? Die Straßen, Postämter, Telegraphendrähte, Schienenstränge bis zum Teebeutel auf dem Tisch der Mutter und zum Strohhut auf dem Kopf des Bauern, sprechen sie von der Heimat — oder von der Weltwirtschaft? — Heimatbildung ist keine Verengung, ist der Seufzer eines stehengebliebenen Geschichtsinstinktes.

Fünftens: Heimatbildung ist nicht nur Weg in die Vergangenheit. Sagt Prof. Lehmann. Sie ist es, in unserem Sinne, noch nicht. Sie ist Konfessionsforschung, wenn ihre Aufgabe sein soll, die Stammeigenarten zu konservieren. Bürgerliche Geschichtsforschung — und die typische Heimatforschung ist bürgerliche Forschung — stützt diesen Konservatismus. Zu anderen Ergebnissen müßte sozialistische Heimatforschung kommen. Wir sagen den Heimatforschern: Macht den Weg in die Vergangenheit! Aber bietet uns dann nicht eine willkürliche Zusammenfuppelung einiger Lokalelegien, Flurnamen und Sprichwörter, sondern eine wirkliche, wirtschaftsgeschichtlich eingestellte Darstellung des Wertens einer Heimat! Ihr würdet erkennen: die Heimat hat sich selber poli-

tisch gebildet, denn Polis heißt auf deutsch Heimat. Polis, die Stadt, die Gemeinschaft, ist das nicht die Heimat?

Sechstens: Die Heimat als Ziel. Gewiß, Polis als Heimat ist das Ziel des Arbeiters. Und weil diese Heimat jahrhundertlang, gegen Seuchen Pestfäulen, aber nicht Krankenhäuser aufgerichtet hat, und weil diese Heimat für die Nichtstuer Willen und für die Industriearbeiterschaft nur überfüllte Wohnungen kennt, gerade darum ist uns die Heimat des Herrn Lehmann unsittlich und verwerflich und die Heimat, wie wir sie im Auge haben, ein politisches, ein revolutionäres Bild. „Ist nicht gerade das Gefühl, in mancher Hinsicht, heimatlos zu sein, ein wichtigstes Grundgefühl des Proletariats?“ So ist es, Herr Lehmann! Aber was tun die Heimatbildner, daß der Arbeiter eine Heimat ohne Krise, eine Heimat ohne Unterernährung, eine Heimat ohne Klassenherrschaft gewinnt? Unser Kampf ist auch Kampf um die Heimat!

Siebtens: Heimatbildung weicht der sozialen Frage nicht aus. Wir wünschen Beispiele von Heimatbildnern, wann sie der sozialen Frage nicht ausgewichen sind. Wo sie doch selber behaupten, Heimatbildung ist keine Parteisache. Herr Lehmann sagt, die Heimatbildung kann als die Herausarbeitung der Grundlage und Grundstimmung des Klassenkampfes betrachtet werden. Gewiß, aber nicht von Herrn Lehmann, und nicht, wenn man Heimatbildung als unparteiische Sache betrachtet.

Achtens: Ideologie gegen Dekonomie. Prof. Lehmann fragt: Was für ein Kampf ist denn sonst mit den Mitteln der Volksbildung möglich? Hat die Volksbildung vielleicht ökonomische Kampfmittel anzubringen? Und selbst, wenn es sich darum handelt, die Arbeiterschaft zur Einsicht und zum Verständnis ihrer Lage zu bringen, so ist dies doch immer nur auf „ideolo-

gischen“ Wege möglich, denn Einsicht, Verständnis, Bildung sind eben nichts Dekonomisches! — Aber von der Dekonomie abhängig, von ihr bedrängt! Sonst würde z. B. ein bürgerlicher Professor der materialistischen Geschichtsauffassung nicht so verständnislos gegenüberstehen. Und er würde begreifen, daß das in den Arbeitern lebende Bildungswollen zu andern Ergebnissen drängt und nach andern Zielen strebt, als die bürgerlichen Heimatbildner weisen. „Was für ein Kampf ist denn sonst (außer dem Kampf der Ideologie gegen die Dekonomie) mit den Mitteln der Volksbildung möglich?“ Klingt das nicht wie ein Verzweiflungsschrei? Der Kampf einer Ideologie in der Richtung der ökonomischen Entwicklung scheint ihm unfähig zu sein. Die Ideologie soll die Dekonomie aufhalten, meint er. Bildung als Anpassung an eine Geschichtsentwicklung ist ihm, ist den Heimatbildnern unfähig.

Die Weiterführung der Heimatbildung kündigt Prof. Lehmann an. Gut. Prof. Lehmann soll uns die Weiterführung der Heimatbildung zeigen, die Darstellungen aus dem subelitenbunischen Wirtschafts- und Arbeiterleben hören zu lassen, den stärkeren Bezug auf das Wirtschaftsleben und die sozialen Fragen der Gegenwart in den Heimatbildungswochen endlich erweisen. Aber nicht nach dem Rezept vom 25. Scheidings 1922, Seite 28 der „Heimatbildung“: „Die Fernhaltung Underuserer, die ihre Teilnahme zu parteipolitischen oder anderen Zwecken denüben wollen, hat sich bewährt.“ — Wenn Prof. Lehmann die Heimatbildung ein Stück weitergeführt hat, werden wir über sie weiterreden.

Josef Hofbauer.

Ramens der tschechisch-sozialistischen Genossenschaftler gab Abg. Urbensky seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich endlich die Vertreter der sozialistischen Parteien aller Richtungen und beider Nationen in einer wirtschaftlichen Einheitsfront zusammengefunden haben. Unter lebhaftem Beifall der Tagung wies er die Einführung von Schutzzöllen für landwirtschaftliche Produkte zurück.

Sodann verlas Genosse Pantrac folgende

Resolution,

die einstimmige Annahme fand und in der es heißt:

Eine Deputation wurde beauftragt, diese Resolution der Regierung vorzulegen und mit ihr über die Durchführung der aufgestellten Forderungen zu verhandeln. Nach den Schlußworten der Vorsitzenden wurde die erste gemeinsame Kundgebung der genossenschaftlichen Organisationen unseres Staates beendet.

Die Delegierten begaben sich im geschlossenen Zuge auf den Wenzelsplatz, wo vom Wenzelsdenkmal herab Abg. Genosse Dietl in deutscher Sprache und Abg. Trnoblansky und Wanek in tschechischer Sprache noch einige Worte an die Versammelten richteten.

Die Vertreter des allgemeinen Kongresses der Verbrauchergenossenschaften und Arbeiterproduktgenossenschaften die im Zentralverband der tschechoslowakischen Genossenschaften in Prag im Verband der Vereinigung der Verbrauchergenossenschaften und in der Genossenschaftsunion der Zentralstelle der Produktgenossenschaften in Prag organisiert sind, nehmen die Referate des Kongresses zur Kenntnis und beschließen folgende Kundgebung:

Der am 26. November im Prager großen Lucernsaale tagende allgemeine internationale Kongress der tschechoslowakischen Verbrauchergenossenschaften betont die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Verbraucher auf den erprobten Grundgedanken der Rochdaleer Pioniere, als ein wichtiges Mittel zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen der schwachen Verbraucherschichten unter der jetzigen Gesellschaftsordnung. Die breitesten Verbraucherschichten empfinden die jetzige Wirtschaftskrise, die durch die Finanzpolitik des Staates verschärft wurde, schwer und heben die Verminderung der Kaufkraft hervor, durch die der Verwirrungszustand in der Erzeugung und im Absatz noch verschlimmert wird. Das in den Verbrauchergenossenschaften organisierte, Körperlich und geistig arbeitende Volk, macht auf diesen Zustand mit weithin zu vernehmender Stimme aufmerksam und warnt die Regierung in ihrer bisher betriebenen Wirtschaftspolitik fortzuführen und so einer weiteren Verelendung der arbeitenden Schichten, deren Einkünfte schon jetzt in gar keinem Einklange mit ihren Erfordernissen stehen herbeizuführen. Verminderte Erwerbsmöglichkeit und vollständige Arbeitslosigkeit rufen in vielen tausenden Familien die längst überwunden geglaub-

ten Erscheinungen der Kriegszeit wieder nach. Der Kongress erklärt:

1. Die Genossenschaftsbewegung ist ein Kampfmittel der arbeitenden Schichten, welche mit ihren auf Selbsthilfe beruhenden Unternehmen eine neue zum Sozialismus zielende Wirtschaftsordnung vorbereiten.

2. In der gegenwärtigen Zeit befindet sich infolge der Weltwirtschaftskrise die arbeitende Bevölkerung der Republik in einer verzweifelten Situation. Durch die sich immer mehr steigenden spekulativen Eingriffe der Banken und der vermögenden Schichten ruht die Industrie unseres Staates; dadurch ist die arbeitende Bevölkerung um ihren Verdienst gebracht, Elend und Hunger wachsen in ihren Reihen.

Die genossenschaftlichen Unternehmungen sind sowohl in diesen schweren, als auch in den ruhigen Zeiten ein Schutz des arbeitenden Volkes.

Der Genossenschaftstag fordert daher von der Regierung und von den gesetzgebenden Körperschaften:

1. Errichtung von Arbeiter- und Konsumgenossenschaften.
2. Die Novellierung des Gesetzes vom Jahre 1878.
3. Genossenschaften, welche ihre Wirksamkeit auf ihren Mitgliederkreis beschränken, Gebühren- und Steuerfreiheit.
4. Geeignete Finanzoperationen zur Errichtung genossenschaftlicher Eigenproduktionswerkstätten.
5. Abschaffung der Umsatzsteuer und der Rohlenabgabe.
6. Herabsetzung der Transport- und Postgebühren.
7. Rasche Durchführung aller Investitions- und sonstigen öffentlichen Arbeiten, um die Arbeitslosigkeit einzuschränken und die Kaufkraft der Verbraucher zu steigern.
8. Inzwischen vorläufiger Ausbau der genossenschaftlichen Abteilung des Ministeriums für soziale Fürsorge.
9. Einschränkende Bestimmungen zur Verhinderung von Valutaspekulationen und Stabilisierung der tschechischen Krone.
10. Unterlassung jeder Vorkörderung für landwirtschaftliche Produkte, Herabsetzung der bisher geltenden Zollsätze für Gegenstände des täglichen Bedarfs, Vereinbarungen mit unseren Nachbarstaaten zur Erleichterung des Güterverkehrs.
11. Die Schaffung einer Lehrkanzle für Genossenschaftswesen an den Hochschulen und Einführung des Unterrichtes über Genossenschaftswesen an allen übrigen Schulen.
12. Genossenschaftslehre an den Hochschulen und Unterricht über das Genossenschaftswesen an allen Schulen.

Mit Rücksicht darauf, daß in der letzten Zeit sich die Fälle häufen, daß die politische Bezirksverwaltung den einzelnen Konsumvereinen gegenüber feindlich auftritt und damit die Massen prosozieren, protestiert der Kongress auf das Energetische gegen die Haltung der politischen Bezirksverwaltungen die Zutreiber für Privatgeschäfte machen. Der Kongress legt allen organisierten Genossenschaften zur Pflicht auf, daß in der Preisfrage aller Lebensmittel mit gutem Beispiel voranzugehen ist, damit auf diese Art die Existenz der schwerarbeitenden Massen ermöglicht wird.

Der Kongress appelliert auch an alle Genossenschaften, daß sie sich den Zweck der Genossenschaftsbewegung bewußt sind, welche einzig und allein befähigt ist, ihren Mitgliedern auf zweckmäßige Art mit allen Lebensmitteln zu versorgen und ihrer Existenz zu erleichtern.

Ausland.

Polens Terroristen.

Wie sich die Rechtsradikalen in allen Ländern unter irgend einem wirksamen Schlagwort sammeln, so auch in Polen. Hier haben die Jünger Mussolinis, der in Korsanib übrigens seinen nächsten Geistesverwandten besitzt, ihre Scharen unter der Devise „Dauts die Juden“ gesammelt. Diese systematische Depe nimmt anlässlich des Wahlkampfes des Winderheitsblodes am Schärfe zu. Die Depe hatte bereits den Erfolg, daß Freitag eine mehrere Tausend Personen umfassende studentische Versammlung in Warschau eine Zulassungsbeschränkung für jüdische Studierende an der Warschauer Universität forderte und eine dementsprechend formulierte Forderung dem Ministerium überreichte. Trotzdem in Warschau 40 Prozent Juden wohnen und die Befassung die gleiche Behandlung für alle garantiert, soll der numerus clausus nur 11 Prozent betragen. Ähnliche Vorgänge spielten sich schon zuvor in Lemberg und Krakau ab, wo zudem im Anschluß an die Versammlungen jüdische Studenten verprügelt wurden. Die Rechte versucht offenbar, den allgemein in Polen verbreiteten Antisemitismus aufzufachen in der Hoffnung, daß sie bei entstehenden Unruhen mit Gewalt die Macht an sich reißen könne, die ihr die Wahl nicht gegeben habe. Umso gefährlicher ist die stets fortschreitende Bildung geheimer faszistischer Stoktrupps. „Kurjer Poazant“ gibt Nachrichten eines galizischen Blattes wieder, wonach speziell in Ostgalizien die Bildung solcher Stoktrupps im Gange ist. Es wird berichtet, mit Hilfe dieser Judenhetze den Block der Winderheiten zu sprengen, — ein Versuch, der schon Erfolg hatte, da sich die Winderheiten wirklich getrennt haben. Der Tag der Präsidentenwahl, der 28. November, wird zeigen, welche weiteren Taten die polnischen Faszisten im Schilde führen.

Telegramme.

Selbstentmannung der italienischen Kammer.

Rom, 25. November. (Sabas.) Die Kammer genehmigte mit 275 gegen 90 Stimmen die Tagesordnung; sie sprach der Regierung das Vertrauen aus und erteilt ihr die Vollmacht, bis zum Jahre 1923 (?) das Finanzsystem und das System der öffentlichen Verwaltung zu reorganisieren. Ueber Antrag Mussolinis vertagte sich die Kammer auf unbestimmte Dauer. Die Telegrammzensur für das Ausland wurde neuerlich eingeführt.

Der Genfer Slavenvertrag angenommen.

Die Einschränkungen — ein sozialdemokratischer Erfolg.

Wien, 26. November. (A. V.) Der Nationalrat beendete in seiner heutigen Sitzung die zweite Lesung des Wiederaufbaugesetzes, sowie des Finanz- und Reformprogramms auf Grund der Genfer Konvention. Sodann wurde in dritter Lesung die Aenderung der Geschäftsordnung beschlossen, wonach der Präsident jederzeit den Nationalrat auf Verlangen eines Viertels seiner Mitglieder einberufen kann. Das Haus nahm schließlich auch mit den Stimmen der Sozialdemokraten das Bundesverfassungs-gesetz über die Einsetzung eines außerordentlichen Rabinettrates zur Ausübung der der Regierung eingeräumten außerordentlichen Vollmachten in zweiter und dritter Lesung an. Bei der Beratung dieser Vorlage erklärte der sozialdemokratische Abgeordnete Seipel: Seine Partei sei entschlossen, den Kampf gegen die Genfer Politik des Bundeskanzlers, in der seine Partei eine Verflachung des Reiches an das Ausland und einen Hochverrat an der Republik und dem deutschen Volk erblicke, fortzusetzen, und zwar bis zu dem Tage, an dem die unabhängige Republik wieder hergestellt sein werde. Bundeskanzler Seipel, der hierauf unter lebhaften Pfuirufen der Sozialdemokraten das Wort ergreift, erklärt, daß er in den Volksversammlungen den schönsten und erfreulichsten Beweis dafür erhalten habe, daß all das Geschrei der Sozialdemokraten von Verrat und Verbrechen bei der Mehrheit des österreichischen Volkes nicht verfangen habe. Die Mehrheit unseres Volkes wird sich nicht gegenseitig verhehlen lassen. Um unser Volk, das bodenständige, christliche und deutsche Volk geht es in der Zukunft und unsere Hoffnung geht dahin, daß das Sanierungswerk, das jetzt als Verrat verschrien wird, diesem ganzen Volke zum Segen gereiche. Die Ausführungen des Bundeskanzlers wurden wiederholt von den Sozialdemokraten in stürmischer Weise unterbrochen, namentlich als er den Sozialdemokraten vorwarf, daß sie noch in der letzten Stunde gegen das Sanierungswerk Obstruktion betreiben. Dr. Renner stellt fest, daß die Sozialdemokraten sich darauf beschränken, in sachlicher Weise ihre ernststen Bedenken gegen das Wiederaufbaugesetz vorzubringen. Eine Obstruktion seiner Partei hätte anders aussehen. Abg. Seipel hebt mit Genugtuung das Verhalten der deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei hervor, die bei den Verhandlungen über das Garantiegesez im tschechoslowakischen Parlamente die Streichung aller Oesterreich demüligender Bestimmungen verlangten. (Lebhafte Beifall links.) Mit der morgen stattfindenden dritten Lesung des Wiederaufbaugesetzes sind alle mit der Genfer Konvention zusammenhängenden Gesetzentwürfe verabschiedet.

Kein Plebiszit in Westthrazien.

Ergebnisse der Orientkonferenz am Samstag. Lausanne, 25. November. (Sabas.) Das Ergebnis der heutigen Verhandlung in der ersten Kommission kann man wie folgt skizzieren: Die Türken traten mit neuen Forderungen heran. Die Alliierten schlugen jedoch solidarisch die Plebiszitforderung in Westthrazien ab und statt Karagatsch bieten sie den Türken zwecks Verbindung Odrens mit der Hauptstrecke Sofia-Konstantinopel eine andere Station am rechten Ufer der Mariza an. Die Demilitarisierung der ägäischen Inseln mit Ausnahme von Dodekanes werden sie wahrscheinlich akzeptieren. Die Autonomie der Inseln verweigern sie jedoch.

An unsere Bezieser!

Wir bitten, uns von etwa vorkommenden Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes stets sofort Kenntnis zu geben. Derartige als „Zeitungsreklamation“ bezeichnete Zuschriften die offen aufzugeben sind, sind portofrei. 1011

Tages-Neuigkeiten.

Das Bierfünstel. Ein Fünstel allerdings unfrivolöser Humors hat es sogar beim „Streik“ der deutschösterreichischen Hochschüler gegeben. Im „Nordböhmischen Tagblatt“ stand nämlich in einem Kommuniquée der „arischen“ Studenten folgendes zu lesen:

„Es ist somit einwandfrei nachgewiesen, daß der jüdische Rektor Samuel Steinberg Bierfünstel der gesamten Universitätsprofessoren gegen sich hat.“

Es ist nicht ohne weiteres festzustellen, wer zu diesem Fünstel zu zählen ist.

Der deutschösterreichische Senator Heinrich Frisch gestorben. In Zauschel (Mähren) ist Samstag der Präsident der deutschen Sektion des Landeskulturrates Heinrich Frisch im 62. Lebensjahre gestorben. Frisch wurde im Jahre 1920 in den Senat des tschechoslowakischen Parlamentes gewählt. Er war überdies auch Mitglied der deutschen Sektion des mährischen Landeskulturrates. Mit ihm verlieren die Agrarier einen ihrer leitenden Männer.

6000 Erwerbslose im Bezirk Komotau! Ein erschütterndes Bild des furchtbaren Arbeitsloseneulds in Deutschböhmen entrollt die Komotauer „Vollzeitung.“ Nach den Feststellungen dieses Blattes gibt es allein im Komotauer Bezirk 6000 Arbeitslose. Davon bekommen aber nur 1200 die staatliche Unterstützung, während der Rest, 4800 Erwerbslose, seinem Schicksal überlassen ist. Ganze Kategorien sind ohne jede Rücksicht auf ihre Verhältnisse von der staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen! In den Grenzorten des Erzgebirges gibt es nach den Erhebungen der Kreisgewerkschaftskommission gegenwärtig 430 arbeitslose Forstarbeiter, die, weil sie angeblich Saisonarbeiter sind, bis heute vom Bezüge der staatlichen Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen blieben. Das Elend unter diesen Forstarbeitern ist unbeschreiblich. Die Kreisgewerkschaftskommission Komotau hat an das Ministerium für soziale Fürsorge eine Eingabe gerichtet, in der verlangt wird, daß die Wirksamkeit des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung auch auf die Forstarbeiter ausgedehnt werden soll.

Im Komotauer Bezirke allein gibt es bereits 600 von der Unterstützung ausgeschlossene Arbeitslose. Die sozialdemokratische Bezirksorganisation, die Kreisgewerkschaftskommission, sowie die Ortsstellen der Metallarbeiter- und Bergarbeitergewerkschaften haben durch eine Eingabe an das Ministerium für soziale Fürsorge die dringende Forderung erneuert, daß baldigst die Unterstützungsberechtigung über die Frist von sechs Monaten hinaus verlängert werde. Auch noch eine Reihe anderer Forderungen wurden von Partei und Gewerkschaft in Komotau an die Regierung gerichtet. Werden diese durchaus berechtigten dringenden Forderungen der Komotauer Arbeiterchaft nicht erfüllt, dann kann schon die nächste Zeit Ausbrüche der Verzweiflung bringen, für die mit vollem Recht nur die zumindest unnütze Regierung verantwortlich gemacht werden könnte. „Wir warnen die Verantwortlichen“ — so schließt unser Komotauer Erbrüderblatt die Schilderung der Not und die Forderung nach Abhilfe — „vor den Folgen ihrer sträflichen Gleichgültigkeit gegenüber dem Arbeitsloseneulds und rufen ihnen nochmals zu: Treibt sie nicht zur Verzweiflung!“ — Solche Verzweiflungsschreie werden in den nächsten Wochen auch aus den anderen Bezirken nicht ausbleiben, wenn sich die Regierung nicht noch rechtzeitig eines Besseren besinnt. Rasche Hilfe tut dringend not. Man helfe oder — trage dann die Verantwortung!

Deutsche Gemeinden sollen nach Oesterreich nicht deutsch schreiben! Wir haben schon vor einigen Tagen die erstaunliche Tatsache registriert, daß die politische Bezirksverwaltung in Sternberg deutschen Gemeinden verbieten will, mit dem Ausland deutsch zu verkehren. Heute liegt uns nun der denkwürdige Ukas des Sternberger Bezirkspaschas im Wortlaut vor:

Dem Stadtrate in Sternberg! Laut anher eingelangerter Zuschrift des k. k. Konsulates in Linz a. d. Donau vom 7. Oktober l. J. hat der Stadtrat in Sternberg mit Zuschrift vom 22. September l. J. beim röm.-kath. Pfarramt in Linz um die Einsegnung eines Totenscheines bezüglich des Anton Schmid, geboren am 1. Oktober 1866, heimatsberechtigigt in Olmütz, welcher am 4. Jänner 1910 im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Linz a. d. Donau gestorben ist, angefragt. Das genannte Pfarramt hat mit Zuschrift vom 2. Oktober l. J. dem k. k. Konsulat in Linz mitgeteilt, daß dem vorgenannten Ansuchen erst nach Einsegnung von fünf Kronen für Auslagen entsprochen werden kann. Dem Stadtrate wird eröffnet, daß eine Korrespondenz der k. k. Kämter mit dem Auslande nur im Wege der k. k. Bezirksverwaltungsbehörden, also im vorliegenden Falle im Wege des k. k. Konsulates in Linz statthaft und insbesondere direkter Verkehr in deutscher Sprache unzulässig ist.

Sternberg, 20. Oktober 1922, Jf. 25.4441.

Der Bezirkshauptmann: Dr. Dostal m. p.

Das ist wirklich ein starkes Stück! Es besteht keine gesetzliche Vorschrift, die den Gemeinden den unmittelbaren Verkehr mit den ausländischen Behörden und Ämtern verbiete oder den unmittelbaren Verkehr in deutscher Sprache untersagt. Es liegt also wieder ein Uebergriiff der politischen Bezirksverwaltung in Sternberg vor, die ständig bemüht ist, ihren traurigen Ruhm zu vermehren. Und dabei ist noch folgendes zu beachten: Sternberg hat etwa 13.000 Einwohner. Von diesen sind nur 1000 (nach der letzten Volkszählung) tschechischer Nationalität. Es ist also eine über-

wiegend deutsche Stadt. Und dieser Stadt verbietet man, in das Ausland direkt in deutscher Sprache zu schreiben! Herr Dostal, Sie haben den Vogel abgeschossen. Darum wird es auch nicht schwer sein, sich den Namen dieses Urbild eines chauvinistischen Bezirkspaschas zu merken.

Prag macht Schule. Wiener Blätter melden, daß die deutschösterreichischen Studenten an der Wiener Exportakademie vor Beginn der Vorlesungen erschienen und die jüdischen Studenten aufforderten, die Anstalt zu verlassen. Es ist zu hoffen, daß man in Wien mit den Rassefanatikern weniger Federlesens machen werde als in Prag. Hier wurde der Betrieb an der deutschen Universität gestern wieder normal aufgenommen. In den einzelnen Instituten mußten die Hörer ihre Legitimationen vorweisen, ehe ihnen Einlaß gewährt wurde. Heute sollen die ersten Promotionen in diesem Semester stattfinden.

Heimgesunden hat endlich Sepp Dertter, der unruhigste oberrheinische Ministerpräsident von Braunschweig, Er der frühere unabhängige Sozialdemokrat, ist jetzt zu den Nationalsozialisten übergegangen. Dertter war gelernter Buchbinder und ging noch als junger Mensch zu den Anarchisten über, was ihm wegen Vertriebes verboteener Schriften lange Gefängnisstrafen einbrachte. In den Neunzigerjahren wurde er wegen Dynamitverbrechens zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, die er vollständig verbüßt hat. Dann ging er zur Sozialdemokratie über, gehörte der radikalsten Richtung an und wurde durch die Umwälzung 1918 Kultusminister in Braunschweig, bald darnach Ministerpräsident. Diese Karriere fand durch das Bekanntwerden einiger über Affären nach etwa zwei Jahren ihr Ende. In Erinnerung ist noch die Geschichte mit dem Hypnotiseur Otto Otto, dem er unerschrocken verlich und heute noch zwanzigtausend Mark schuldet. Jetzt wird gemeldet, daß Dertter in einer Versammlung der Nationalsozialisten in sich erndet hat. Er erklärte, daß der Sozialismus auf internationaler Grundlage eine Wohnsinnstheorie sei, daß die Deutschen ihre Einmütigkeit herstellen müßten, um die Horden aus dem besetzten Gebiete herauszujaugen und daß er, wenn er heute zu wählen hätte, lieber Monarchist als Sozialist wäre. — Wir können den Monarchisten und Hakenkreuzlern diesen Sepp Dertter von ganzem Herzen.

Theaterstreik in Berlin. Die Berliner Theater wurden am Samstag Abend durch die Organisation der Schauspielerei stillgelegt, da deren Verhandlungen mit der Organisation der Direktoren gescheitert waren. Wie die Blätter melden, hat sich der Streik der Berliner Schauspielerei im Laufe des Sonntag noch verschärft. Weitaus die meisten Theater haben nun geschlossen. Es wird mit einer längeren Streikdauer gerechnet.

Raubmordversuch in Wollgruben bei Prag. Nachts am 11. November brachen drei Räuber in die Wohnung des Josef Petrik in Wollgruben ein, fesselten seine in der Stube schlafende Schwester und Mutter, knielten sie und bedrohten sie mit dem Erschießen, falls sie zu schreien anfingen. Hierauf forderten sie die Herausgabe alles Bargeldes. Der Mutter gelang es, sich des Ansehels zu entledigen, und sie rief den in der Wohnstube schlafenden Sohn um Hilfe. Daraufhin entflohen zwei Räuber und Petrik verfolgte sie. Als er aber sah, daß er sie nicht einhole, kehrte er zurück, machte Licht, und bemerkte den einen Räuber, welcher ihn aufforderte, ihm alles Geld herauszugeben, sonst würde er ihn erschießen. Dabei griff er in die Tasche nach dem Revolver. Petrik erfocht eine Art, richtete sie gegen den Angreifer, aber dieser fing den Hieb auf. Der Arm des Räubers wurde vom Schulterblatt bis zum Ellenbogengelenk gespalten. Der schwerverwundete Räuber ergriff nun selber die Art mit beiden Händen und es entspann sich ein Kampf, der eine ganze halbe Stunde währte. Unterdessen eilte die alte Petrik zum Nachbarn Bellov. Dieser kam mit einer Latte herbei, vertrieb den Räuber mehrere Hiebe, aber unglücklicherweise traf er auch den Petrik, welcher ohnmächtig wurde. Dem Räuber gelang es, zu entkommen. Aufgrund der aufgefundenen Blutspuren ist es sicher, daß er die Wunden im Walde verband. Die Gendarmerie stellte sofort Nachforschungen an, und ermittelte, daß es sich um einen gewissen Ditto Tomasko handelt, welcher in der Glasfabrik des Franz Pribil im Glebnorenheim angestellt ist. Ihm half der Arbeiter Wilhelm Lutsch aus Goldbrunn in Deutschland. Dieser scheint die schwere Verwundung erlitten zu haben. Denn Lutsch kam am nächsten Tage zum Förster Richard Sfora und erzählte ihm, er sei in der Nacht von einem Felsen gefallen und hat in der Nacht von einem Felsen gefallen und hat ihn, ihm die Hand zu verbinden. Dann erweiterte sich. Die Gendarmerie hat Maßnahmen getroffen, daß die Räuber die Grenze nicht überschreiten können.

Eine Manifestationsversammlung der kriegsbeschädigten Offiziere und Hinterbliebenen nach Militärangriffen fand am Sonntag in Brünn statt, auf welcher über ein neues Gesetz betreffs der militärischen Versorgungsgebühren, über die heutige Lage der kriegsbeschädigten Offiziere und endlich über das gemeinsame Vorgehen zwecks Besserung der Erfinden beratslagt wurde. Die anwesenden Vertreter beider Häuser und der Kämter versprachen, dafür Sorge zu tragen, daß die berechtigten Forderungen der kriegsbeschädigten Offiziere erfüllt werden sollen. Für den deutschen Kriegsbeschädigtenverband sprach dessen Präsident Hoppe. Am Schlusse der Versammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die besonders eine Reform der Renten und Versorgungsgebühren, ferner Einbeziehung der Kriegswidrigkeit und unentgeltliche Beilug forderte. Die Kessin unter den Weltstädten. Nach dem offiziellen Bericht über die letzte Volkszählung

hatte New York am 1. Jänner 1920 in einem Umkreise von 30 Kilometern vom Stadthaus gerechnet 7.820.627 Einwohner, während am 19. Juni 1921 in London und seiner Umgebung auf demselben Raum 7.476.168 Einwohner gezählt wurden. New York besitzt also 344.508 Einwohner mehr als London. Wenn man das eigentlich städtische Weichbild ins Auge faßt, so ergeben sich für die Stadt New York 5.620.040 Einwohner und 4.438.329 für die Grafschaft London.

Zwei neue Brücken in Prag? In der letzten Sitzung der engeren Verwaltungskommission der Hauptstadt Prag wurde der Bau zweier neuer Brücken in Prag beschlossen. Die Brücke in Lieber soll 21 Meter breit und 240 Meter über dem Wasserspiegel lang sein. Es wird die breiteste Brücke in Prag werden. — Die zweite Brücke soll von Prag-Dolleschowitz nach Pelsch-Tyroska führen, 16 Meter breit und oberhalb des Wasserspiegels 194 Meter lang sein.

Notwehr. Samstag nachmittag kamen — wie der „Volkswille“ meldet, der in Dallwitz wohnhafte Johann Sauerstein (recte Haberzeth) und sein Stiefbruder Ernst Liebner, in die Schlämmerei der Zettliger Kaolinwerke A. G. und bedrohten dort einen Arbeiter, den sie an der Gurgel packten. In dem Augenblick kam der Schlämmeister Hartik dem Arbeiter zu Hilfe. Die Räuber gingen nun mit dem Messer an Hartik los, der einen Revolver zog und auf sie schoß. Durch den Schuß wurde Johann Sauerstein getötet. Die zwei Raubhälbe waren von Karlsbad gekommen, wo sie auch Krakeel gehabt hatten, und auf ihrem Wege durch Traubowitz hatten sie ein Schaufenster eingeschlagen. Die beiden sind berüchtigte Plattler.

Der Fluß auf dem Brillanten. Dieser Tage wurde in Prag wegen Trunkenheit der beschäftigungslose Josef Barabas angehalten, bei dem man fünf große Brillanten fand. Er gab an, daß er sie am 10. November auf dem Bahnhof in Sofia von einem unbekannten armenischen Flüchtling aus Thracien für 25.000 Lewa gekauft habe. Bei der Untersuchung wurde auf einem der Brillanten mit Hilfe des Mikroskops ein roter Fleck gefunden, der allem Anscheine nach von Blut herrührte. Schließlich fand man, daß Barabas auf dem Kopf eine frische, einige Zentimeter lange Wunde hatte, die von einem scharfen Instrumente herrührte. Alle Umstände sprechen dafür, daß Barabas, der in Bulgarien arbeitete, dort wahrscheinlich einen Raub, vielleicht sogar einen Mord verübt hat, wobei er die Brillanten erbeutete. Er wurde deshalb dem Strafgerichte eingeliefert und gleichzeitig das Nötige veranlaßt, um die notwendige Untersuchung in Bulgarien durchzuführen.

Selbstmord. Der Wächter des Stadtparkes Pokorny fand vorgestern abends im Baumgarten die Leiche eines ungefähr 20jährigen Mannes mit durchschossener rechter Schläfe. Nach den bei ihm aufgefundenen Dokumenten handelt es sich um den Maschinenflicker Anton Sch. aus Prag II. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Kleine Chronik.

Der Tod in der Grube.

Das Oberbergamt Dortmund teilt mit: Donnerstag ist auf Schachanlage Shamrod I und II in Gerze ein Grubenbrand ausgebrochen, bei dem ein Steiger und neun Bergleute den Tod erlitten. Das Feuer entstand in einer einziehenden, in der Holzzimmerung stehenden Gesteinsdrift, in der eine elektrische Lokomobildförderung mit Oberleitung umgeht. Die Ursache war Kurzschluß der Fahrstrecke ober der elektrischen Kurbel. Infolge des Kurzschlusses geriet die Holzzimmerung in Brand; dieser pflanzte sich wegen der lebhaften Wetterzüge schnell fort. Die Verunglückten sind an den Brandgasen erstickt, bevor ihnen Rettung gebracht werden konnte.

Santa Fe (Neu-Mexiko), 26. November. (Sabas.) Infolge einer Explosion in einer Kohlengrube wurden sieben Bergarbeiter getötet und über 30 verwundet.

Schiffszusammenstoß auf hoher See.

Barcelona, 26. November. (Sa.) Bei einem Zusammenstoße zwischen einem Zollschiffe und einem Rüstendampfer wurde dieser in zwei Teile gerissen. Alle an Bord befindlichen Personen, 80 an der Zahl, sind ins Wasser gestürzt. Bis jetzt werden 18 Tote und 17 Verwundete gemeldet.

Der Streik der Berliner Schauspieler.

Berlin, 27. November. (Eigenbericht.) Der Streik der Berliner Schauspieler wird in verschärfter Form fortgesetzt. In sechs Theatern wurden bei den Verhandlungen eine Einigung erzielt. Die arbeitslosen Epochenorganisationen drohen den Streikbrechern mit Ausschluß. An einzelnen Theatern wurde zwar gespielt, organisierte Bühnenkünstler blieben den Vorstellungen aber durchwegs fern.

Zusammenstoß zweier Güterzüge. Aus Warschau wird gemeldet: Zwischen den Eisenbahnstationen Rykow und Glinki stießen zwei Güterzüge zusammen. 24 Wagen wurden zertrümmert, 4 Personen getötet, 6 schwer verletzt.

Eine Feuerbrunst in Winnipeg (Canada) vernichtete das Kolleg des Bonifazius und die berühmte Seltensbibliothek. Zwei Menschen kamen ums Leben, 15 wurden verwundet. Wie eine spätere Depesche meldet, wurden auf der Brandstätte vier

Leichen geborgen, vier weitere Personen werden vermist.

Bei einem Brand in einem Hause der Berliner Alexanderstraße sprangen Samstag der Maschinenmeister Schiller und sein 10jähriger Sohn aus dem Wohnungsfenster im zweiten Stockwerk auf die Straße, wobei der Vater sofort getötet, und der Sohn schwer verletzt wurde.

Der heutigen Nummer liegt ein Erlaßschein zwecks Einzahlung der Bezugsgebühr bei. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß die Einzahlung unter denselben Namen geleistet werden muß, unter welchem der Versand der Zeitung erfolgt.

Die Bezugsgebühr beträgt monatlich K 16.—, vierteljährig K 48.—, halbjährig K 96.—, ganzjährig K 192.— und ist stets im Vorhinein zu entrichten. Der Abonnementsvertrag muß längstens bis 7. in unserem Besitz sein und erfahrung wie dies zu berücksichtigen, damit keine Unterbrechung in der Zustellung eintritt.

Gerichtssaal.

Ein Prozeß wegen eines politischen Mordes in Polen.

Lemberg, 27. November. Heute begann vor dem höchsten Ausnahmegericht das Vorverhör mit den beiden Lemberger Realschülern Roman Luszczko und Basil Krupa, welche wegen Mordes an Michael Lwowan, Präsidenten der Wahlkommission in Lubice Krulowka, angeklagt sind.

Das Attentat auf Scheidemann.

Berlin, 27. November. (Eigenbericht.) Am 4. Dezember beginnt vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig der Prozeß gegen die Attentäter auf Scheidemann. Die Anklage lautet auf Mord.

Wollwirtschaft und Sozialpolitik.

Schiedskommission und Oberstes Verwaltungsgericht.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat nunmehr seine Zuständigkeit bei Beschwerden gegen Erkenntnisse der Schiedskommissionen erklärt. Das erste Erkenntnis vom 4. November 1922 Nr. 12923/22 betraf die Beschwerde der Schönpriesener Juddertaffinerie gegen die Erkenntnisse der Auffziger Schiedskommission vom 12. Mai 1922 bezüglich des Wahlrechtes in den Betriebsausschuss und Kündigung der Randdaten.

Es ist nicht anzunehmen, daß das Verwaltungsgericht im zweiten Instanz diesen Standpunkt aufgegeben hätte. Es scheint vielmehr grundlegend die Schiedskommission als eine Behörde anzusehen, allerdings als eine, die verschiedene Funktionen vereint: einmal eine richterliche und dann wieder die einer Verwaltungsbehörde.

Nun wird es gewiß auch dem Verwaltungsgericht schwer fallen, diejenigen Gesetzkörpern aufzufinden zu machen, auf Grund deren es seine Zuständigkeit bei Beschwerden gegen die doch inappellablen Erkenntnisse der Schiedskommissionen ableitet. Die Meinung des Ministeriums für soziale Fürsorge allein kann hierfür nicht entscheidend sein.

Ein Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung. Die Vorlaute, hat der Ministerrat beschloffen, die Gültigkeit des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung vom 13. Juni 1922 bis Ende des Jahres 1923 zu verlängern.

Keine Herabsetzung der Spirituspreise. In der letzten Zeit sind wiederholt Nachrichten verbreitet worden, daß der Spirituspreis in Bälde wesentlich reduziert wird.

Das in abschbarer Zeit vollkommen ausschließt. — Rasin ist wohl der allerbeste, der die Preisüberhebung einer Ware fördern würde.

Gewerkschaftliches Ortskartell in Brünn. Die in Brünn bestehenden Ortsgruppen des deutschen Gewerkschaftsbundes haben sich in einer am 23. November stattgefundenen Versammlung zu einem Ortskartell zusammengeschlossen, um so besser die organisatorischen Arbeiten leisten zu können.

Arbeitskonflikt in den Oelwerken. Die Firma Lingner und Kraft, die die „Oel“-fabriken in Dresden und Bodenbach besitzt, hat, wie das „Volkrecht“ meldet, am 1. Oktober ihrer Arbeiterschaft durch Anschlag einen 20prozentigen Lohnabbau angefündet.

Ein Plan zur Nationalisierung der irischen Eisenbahnen. Die von der provisorischen irischen Regierung ernannte Verkehrscommission hat in einem Mehrheitsbericht die Übernahme der irischen Eisenbahnen durch den Staat empfohlen.

Auswanderung der ungarischen Bergarbeiter. Welche furchtbare wirtschaftliche Schädigung für Ungarn die Unterdrückung des Proletariates und seiner Gewerkschaften nach sich zieht, zeigt die Tatsache, daß die ungarischen Bergarbeiter seit einem Jahr in großen Massen auswandern.

Leventurje.
Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	100	116,00
Wien	100	116,00
Prag	100	116,00
Dresden	100	116,00
London	100	116,00

Züricher Schlusskurse.

Berlin	007,00	Paris	3800,00
Wien	009,74	London	2570,00
Prag	10,90	Frankfurt	022,50
Dresden	211,75	Belgrad	720,00
New York	1,36	Batavia	001,25
London	24,15	Wien gelt.	000,00

Prager Kurse.

Gold		Ware	
100 holl. Gulden	1253,50	1254,50	
100 Mark	0 48,00	0 46,00	
100 schweiz. Franc	500,75	501,25	
10 Lire	130,75	132,25	
100 Francs	224,75	226,25	
1 Pfund Sterling	142,25	143,75	
1 Dollar	31 50,00	19 10,00	
100 belg. Francs	208,75	211,25	
100 Dinar	43,00	43,50	
100 österr. Kronen	0 74,47	0 74,87	
100 roin. Mark	0 17,25	0 22,25	
100 magyar. Kronen	1 50,50	1 49,50	

Aus der Partei.

Programme für Weihnachtsgeschenke. Von unseren Organisationen durch die Zentralstelle für das Bildungswesen, Teplich-Schönau, Zeilerstraße Nr. 1, bezogen werden. Die Programme enthalten neben einer allgemeinen Anleitung und einer kurzen Rededisposition eine Reihe von Märchentexten, Kindergedichten, Rätseln und Scherzfragen für Kinder.

Kunst und Wissen.

Hans Pfitzner's „Von deutscher Seele“.

Hans Pfitzner, einer der bedeutendsten unter den lebenden deutschen Tonbildnern, nimmt in der modernen Musik eine merkwürdige Sonderstellung ein. Nicht deswegen, weil sich seine romantisch geartete Tonkunst von dem jüngstmodernen expressionistisch-veristischen Musikhintergrund (scharf abhebt) sondern wegen der besonderen Art dieser Musikromantik.

Copyright 1922 by Der Malit-Verlag, Berlin-Gatow.

Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (23) Autor. Uebersetzung von Fernyina zur Mühlen.

Er schien Agitator mit christlichem Einschlag zu sein. Ich hörte ihn sagen: „Ich bin ein Christ, aber einer von jenen, die wider die Ungerechtigkeit sprechen. Ich kann euch dafür Bibelzitate zeigen, es euch durch das Wort Gottes beweisen.“

Bald darauf drang ein junger Mann in das Zimmer ein und ich erkannte einen von T. S.' Sekretären. Er flüsterte mir zu, sein Chef sei im Automobil und wolle Herrn Zimmermann und mich sprechen; es handle sich um etwas Wichtiges.

kleine Spaziersahrt unternehmen könnten? Ich erwiderte, ich täte es gern, aber Zimmermann würde nicht wollen — er habe gestern ein Automobilunglück miterlebt, wolle kein Auto mehr besteigen.

Der Sekretär fragte, ob wir nicht in irgendeinem Raum zusammenkommen könnten. Ich bat einen Beamten, mich in einem leeren Zimmer mit einem Bekannten besprechen zu dürfen.

Der große Mann schüttelte uns herzlich die Hände, blidte sich um, ob niemand uns belausche und flüsterte: „Herr Zimmermann, ich verpach Ihnen, den Streikern tausend Dollars zu geben.“

„Weshalb ist nicht Ihr Bild darauf, Herr T. S.“

„Meines?“
„Natürlich.“
„Mein Bild auf den Banknoten?“
„Weshalb nicht? Sie machen doch das Geld und ermöglichen den anderen, es zu machen.“

Aushungern zum Nachgeben zwingen, und deshalb wagen Sie nicht, den Streikern zu helfen.

„Sie fürchten sich davor, die Armen zu speisen!“ Ein staunender, westförmiger Ausdruck kam in sein Gesicht. „Die ganze Welt ist organisiert,“ murmelte er vor sich hin. „Der Wob der Herren. Was kann ich tun, um das Volk zu retten?“

(Fortsetzung folgt.)

schlecht sich als eine Art Anhang oder Epilog der dritten „Liederteil“ an „Mit diesem weiß man am allerwenigsten anfangen, selbst wenn man der Erklärung recht gibt, daß er das im vorhergehenden Teile angeführte „Singen“ zur Ausführung bringt. So macht die ganze Kantate den Eindruck, daß der Komponist vorhandenes musikalisch-frisches Material zu einem geschlossenen Werke formte und nur ergänzende Füllsätze und Ueberleitungen machte. Nach einem großen Fehler hat das Werk um seiner Gattung willen: Der Chor steht viel zu sehr im Hintergrund. An schönen und sogar wundervoll erdachten Einzelheiten leidet das Werk keinen Mangel: Gleich das Eingangs-Soloquartett „Es geht wohl anders als du meinst“, und das nachfolgende Orchesterzwischenstück „Tod als Possion“, die wiederholt vorkommenden „Abend-“ und „Nacht“-Stimmungen, die resignierte Musik zu dem Spruche „Was ich wollte, liegt zerklüftet“ u. a. m. Die hier besonders hervorgehobenen Stellen entsprechen durchwegs Fühners persönlicher Eigenart: in ihnen lebte sich jene stille Reflexion und große Schwermut aus, die der Musik Fühners das Profil gibt. Hier zeigt Fühner auch kein ganz großes Können, seine harmonische Meisterschaft vor allem und seine stilistische Reinheit und formale Gestaltungsstärke.

Ueber die Aufführung der Kantate ist Gutes zu berichten. Der Chor des deutschen Sängereins und des mitwirkenden deutschen Männergesangvereins hat neuerdings bestätigt, daß er in der gefangenen technischen und stilistischen Hinsicht auf einer hohen künstlerischen Stufe steht. Noch immer ist der künstlerische Geist im Vereine wach. Der schwierigen und komplizierten Schwerkraft Fühners wurde man kaum bewußt. Auch dynamisch und rhythmisch folgte der Chor allen Portentschritten seines Führers Paul Stuber. Daß diese mehr auf stilisierte Wirkungen ausgehen als auf impulsiv-unmittelbare, ist aus dem musikalischen Wesen Stubers zu erklären, der weniger der großartige Temperamentospieler ist als gewissenhafter Detailist. Hinsichtlich der Solisten war der Verein leider wieder auf fremde Kunsthilfe angewiesen, weil wir noch immer nicht Mut genug haben, uns im Schoße unserer großen Choralvereine eigene und hässliche Soldaten zu schaffen. Lediglich die Altpartie war in den Händen einer Prager Künstlerin, Frau Klein-Frensch. Ein besonderes Lobeswort erhebt dem mitwirkenden Theaterorchester, das sich nicht nur in der Instrumentalbesetzung, sondern insbesondere in den zahlreichen Orchesterarrangements auszeichnet. Der Besuch des Konzertes entsprach leider nicht seiner Bedeutung. Edwin Janetschek.

Arbeitervorstellung: „Das vierte Gebot“. Am Sonntag nachmittag ging als dritte Arbeitervorstellung in dieser Spielzeit „Das vierte Gebot“ in Szene. Ueber den Inhalt und die Bedeutung des Stückes ist an dieser Stelle und vor allem in der Programmschrift, die in der Arbeitervorstellung auslag, so ausführlich gehandelt worden, daß es sich erübrigt, heute nochmals darauf zurückzuführen. Immer werden gerade wir, die wir den Freiungskampf aus den furchtbaren Uebeln der sozialen Not führen, gerade bei diesem Werk zu tiefst von der Harmonie ergriffen werden, in der sich da reine Kunst mit dem ethischen und sozialen Zweck zusammenschließen. Und zum gewaltigsten, unvergesslichen Erlebnis muß „Das vierte Gebot“ auf dem Theater werden, wenn sich in den Mittelpunkt der Handlung und der Szene ein Mann stellt, der ein solches tiefes Bewußtsein von Darstellungskunst besitzt wie Dr. Trost. Aus dem Gedächtnis der vielen vielen Hunderte, die Sonntag das Theater bis auf das letzte Plätzchen füllten, wird wohl die Erinnerung an diesen Schallanfang niemals schwinden können,

der in Sprache, Mimik und Maske den in die tiefsten Tiefen verankerten Trunkenbold und Lumpen so unübertrefflich zeichnete. Der Billigkeit halber sei auch hier nochmals erwähnt, daß Frau Glöckner sich als ebengürtige Partnerin an Trosts Seite stellte und daß auch die übrigen Darsteller der Schallanfangsfamilie am Plage waren. Um so mehr aber muß es getadelt werden, daß die Aufführung in allen übrigen Punkten nicht das war, was wir von einer guten Arbeitervorstellung zu fordern berechtigt sind. Die übrige Darstellung und vor allem das Tempo der Aufführung war auf's „Auswerben“ angelegt. Wir wagen es füglich zu bezweifeln, ob eine Nachmittagsvorstellung unbedingt um Punkt fünf Uhr beendet sein muß und ob dieser bequeme Zeitpunkt dadurch erreicht werden soll, daß man den Vorhang wiederholt fallen läßt, bevor die Szene beendet ist und die letzten Worte gesprochen sind, und ob es notwendig ist, daß schon die ersten Worte der nächsten Szene fallen, bevor noch der eiserne Vorhang hinuntergegangen ist. Auch viele andere kleine Anzeichen verrieten, daß man nur möglichst bald zum Schluß kommen wollte. Ein Glück, daß am Sonntag ein Publikum im Theater saß, so empfänglich für die Kunst Anzingers und Trosts, daß es sich in seinem Gefühle von keiner Ungehörigkeit betrunken ließ. Nichtsdestoweniger hoffen wir, daß bei den folgenden Arbeitervorstellungen, so wie wir es bisher gewöhnt waren, alle Faktoren, das heißt, alle Darsteller, die Regie und technische Leitung, ihr Bestes geben, denn das ist nach unserer Meinung für die Arbeiter gerade gut genug. —bt.

Neues Theater. Heute „Michael Kramer“, morgen Gastspiel Oreste-Duffa „Der Freischütz“, Donnerstag „Ritter Blaubart“, Freitag (Erstaufführung), „Clarissas halbes Herz“ (Erstaufführung).

Kleine Bühne. Morgen Mittwoch „Bauwau“, Donnerstag Verbandsvorstellung „Fatermord“, Samstag und Sonntag Gastspiel Dergan „Clarissas halbes Herz“, Sonntag nachm. „Bauwau“.

Der Film.

Der Everest-Film. In der Londoner Zentralthalle gelangte in diesen Tagen vor den Mitgliedern der Geographischen Gesellschaft und des Alpenklubs zum ersten Male der von der Everest-Expedition aufgenommene Film zur Vorführung, wobei der Kinophotograph der Expedition, Kapitän Noel, den eiführenden Vortrag hielt. Die Veranstaltung war hochinteressant, wenn auch die vorgeführten Szenen an Bildwirkung alles zu wünschen übrig ließen, was freilich bei den ungewöhnlich ungünstigen Bedingungen, unter denen die Aufnahmen erfolgten, kein Wunder ist. Kapitän Noel hat mit seiner Kamera in Höhen gearbeitet, die dem photographischen Apparat bisher noch nicht zugänglich waren. Er war genötigt, die Negative zum Teil in einem Zelt am Hongkong-Gletscher in einer Höhe von rund 5000 Metern, zum Teil in einer Dunkel-

WARENHAUS PRAG II.,
HYBERNSKÁ UL. 7.
hat Stoffe, Manufakturwaren, Wäsche, Gummimittel, Kravatt n, Schuhe und alle sonstigen einschlägigen Artikel
in unerreicht billigen Preisen!
1005

Lato die beste
Milch-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.

Stadt- und Dorfgemeinde fordern
die Verantwortung einer
Anmenge von Verordnungen.
Nichts ist wichtiger als
sich für die Zukunft zu
verantworten. Bestellen Sie
heute durch Postkarte
bei der
Buchhandlung Freiheit
Teplitz, Záhnan
Theresienstraße 18.

kammer entwickeln, die er sich in einem alten tibetanischen Fort von Ghanse eingerichtet hatte. Die Filme waren zum Teil so hart gezeichnet, daß sie bei der leisesten Berührung splitterten. Nebel, rascher Temperaturwechsel und die Witterungsverhältnisse in diesen Höhen bedeuteten weitere Schwierigkeiten, die der Photograph zu überwinden hatte. Die bemerkenswertesten Ausnahmen sind die von den furchtbaren Bindwollen, die über dem Nordpaß lagerten, der ja auch dem Aufstieg die größte Schwierigkeit bereitete. Der Film wird in dieser Saison in London und der Provinz zur Vorführung gelangen.

Turnen und Sport
Fußball vom Sonntag.
DSC. gegen Deutsche Sportbrüder 7:0 (2:0). DSC. ohne Mohrer und Vitu erringt einen, was seine eigene Leistung anbelangt, unverdient hohen Sieg. Nur dem vollkommenen Versagen der Stürmerreihe der Sportbrüder ist diese Torbifferenz zuzuschreiben. Langer und Höß im Forward sowie Löffle im Half waren schwach. Hervorragend spielte Leß, der allerdings in letzter Zeit „Eigen“-bröckler geworden ist.
Slavia gegen Sparta 0:0. Obwohl Sparta ohne den nach Budapest abgegangenen Schaffer, ohne Popškil und Berner antrat — als Ersatz waren Bilal und Zanda aufgestellt —, glückte es ihr den-

noch, ein unentschiedenes Resultat herbeizuführen. Die beherrschte während des größten Teiles des Kampfes das Spiel, welches stark unter dem sonntägigen Unwetter litt. Der Nachmittag war sportlich einer der besten Fußballnachmittage.
Teplitzer Fußballklub gegen DSK. Prüg 4:0 (3:0). An Stelle des infolge der schlechten Witterung abgegangenen Meisterschaftsspieler wurde ein Freundschaftsspiel angetragen, welches die Teplitzer glatt gewannen.
Oesterreich gegen Ungarn 2:1 (0:1). Vor 30.000 Zuschauern überraschender Sieg der Oesterreicher, welche erst in der zweiten Halbzeit aufkommen.
Der Fußball-Länderkampf Oesterreich-Ungarn in Budapest, das 51. Treffen der beiden Länder auf dem Fußballplatz, ging vor etwa 30.000 Zuschauern vor sich und endete mit 2:1 zugunsten der österreichischen Mannschaft (0:1).
Mitteilungen aus dem Publikum.
W. STANIK - TEE PRAG
1106
Herausgeber: Dr. Fr. König, C. e. h. u. Karl C. r. m. a. h.
Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Knaben-
Schulanzüge, waschbar, 3-12 Jahre K^o 30^{.-}

Knaben-
Marine Anzüge, blau, Cheviot, 3-12 Jahre K^o 80^{.-}

Knaben-
Sport-Anzüge, Modecheviot, 3-12 Jahre K^o 95^{.-}

Knaben-
Anzüge aus dem bekannt dauerhalt. Kordsamt v. K^o 135^{.-}

Knaben-
Westenanzüge mit Wollserre von K^o 190^{.-}

Knaben-
Kimonoraglans, 3 bis 12 Jahre K^o 170^{.-}

Knaben-
Winterröcke von K^o 150^{.-}

Knaben-
Leder-Anzüge von K^o 500^{.-}

Knaben-
Lederhosen von K^o 220^{.-}

Knaben-
Velvethosen von K^o 45^{.-}

Bessere und feinste Anzüge, Raglans und Winterröcke lagernd.
Die Umsatzsteuer wird nicht zugeschlagen. Muster und Preislisten werden nicht versendet. Auswahlsendungen werden nicht effektuiert. Sendungen in die Provinz nur gegen Vorauszahlung franko.
Nichtkonventionelles wird umgetauscht, oder der Betrag retourniert.
Konfektionshaus
Figm. Stránský
Prag, Hybernská.

SICHER ERHALTE ICH EINEN PREIS im Preisaus-schreiben von

MARKE
CAFÉ
CAFÉKANNE
denn wer wie ich seine Güte und Feinheit zu schätzen weiß und ihn so eifrig trinkt, kann auch die Seidenbilder künstlerisch verwerten.
Bitte beachten Sie das Preisaus-schreiben in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!

1121

Ementaler
vollfett, sehr gute, billige Ware liefert
Milchindustrie - Aktiengesellschaft
Prag-Smichow.

Tüchtiger Lagerhalter
kaufensfähig, flott und aufmerksamer Bediener, redigewandt wird per sofort aufgenommen. Ausführliche Offerten sind zu richten an den Konsum- und Sparverein „Einigkeit“ r. G. m. H., in Auschwitz **Honstel Marianbad** (Bahnhof). Entlohnung nach dem Kollektivvertrag. Nur wirklich tüchtige Kräfte wollen sich melden. 1232

Preisgekrönt
wurden folgende Einsender von Lösungen auf unsere Preisfrage:
I. Preis K^o 1500.— die Mannschaft der 1. Sicherheitswache, Michle bei Prag.
II. " " 1000.— Prof. H. W. Bandis, Brüx.
III. " " 500.— Frau Lida Matoušek-Kořvanec, Prag I.
40 Preise à K^o 50.—: Josef Bachmann, Meierhöfen; Ewald Bauer, Reichenberg; Gottfr. Bayerl, u. c. u. r. n.; Cenek Bilek, Bratislava; Franek Brejla, Chrudichromy; Vil. David, Pilsen; Fr. Drlík, Brünn; Jaroslav Ducháč, Rochlov; Josef Eliášek, Nymburg; Bořivoj Eidlpeš, Studnice; Adolf Engländer, Groß-Seelowitz; Herrmann Hanika, Pilsen; Karl Harms, Komárno; Ant. Heller, Hradec; Rich. Hollmann, Ob.-Hohenelbe; Karl Jensen, Prerau; Fr. Jentsch, Tschischkowitz; Erna Käufer, Troppau; Karl Kindl, Brünn; Hynek Kliment, Mirovice 49; Theo Klinger, Eger; Josef Kučera, Doubravka bei Pilsen; Ferd. Lindner, Prag II.; Rud. Měkýš, Brünn; Gustav Nistler, Eger; Ottokar Pachelik, Rotkosteletz; Jaroslav Petr, Neuköniggrätz; Leo Ptáček, Poprad; Béla Saiver, Stos-Küpele; Wenzel Scholze, Warsdorf; Fr. Schorm, Albrechtstorf; J. K. Simeráky, Prag II.; Eduard Svoboda, Trnava; V. Sevtčík, Sultice; Fr. Simoa, Prag II.; Josef Stika, Podčápel; Fr. Tschner, Böhm.-Wiesenthal; Vojtěch Vacek, Doudle-wetz 126; Erwin Wiesner, Babitz b. Adamsthal; Viktor Zabořil, Wassely in Mähren; Ant. Beran, Stud., Prag-Weinberga.
BERSON KAUTSCHUK Ges. m. b. H., PRAG.